



HALLE ★ *Die Stadt*

Mitteilungen

Nummer: III/2003/03011
Datum: 29.01.2003

Wiedervorlage:
Aktz.:
Bezug-Nr.:
Ressort/FB/Fraktion Team Verwaltungsreform-
projekte

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustim- mung	Verän- derung	Ableh- nung
Hauptausschuss	19.02.2003	öffentlich vorberatend			

Betreff: Haushaltskonsolidierung – Statusbericht 1. Quartal 2003

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Haushaltskonsolidierung Stadt Halle (Saale)

STATUSBERICHT

1.Quartal 2003

Stand: 29.01.2003

INHALTSVERZEICHNIS :

1 Für den schnellen Leser

4

1.1	Änderungen gegenüber dem Vorbericht	4
2	Zusammenfassende Bewertung	6
3	Eckdaten	7
3.1	Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche – Gesamt –	7
3.2	Stand der Umsetzungsplanung der Geschäftsbereiche 2002 - 2007	9
4	Zielerreichung der Konsolidierungsvorgaben	10
4.1	Konzeptionell unterlegte Maßnahmen: Zielerreichungsgrad - Gesamt pro Geschäftsbereich	10
4.1.1	Zielerreichungsgrad bezogen auf Vorgaben 2003	11
5	Maßnahmenplanung	13

1 Für den schnellen Leser

1.1 Änderungen gegenüber dem Vorbericht

Entwicklung der Konsolidierungsbeiträge

Zielerreichungsgrad, bezogen auf Gesamtvorgabe bis 2007							
Stand: 15.01.2003		GB I	GB II	GB III	GB IV	GB V	Summe
1	SOLL-Konsolidierungsbeitrag - Gesamt	30.580.000	20.623.000	4.485.000	13.152.000	19.833.000	88.673.000
2	davon konzeptionell untersetzt in €	21.196.617	12.548.325	3.462.030	2.223.135	11.245.820	50.675.927
3	in Prozent	69,3%	60,8%	77,2%	16,9%	56,7%	57,1%
4	Weitere festgelegte Zielgrößen ¹⁾		6.900.000		8.000.000		14.900.000
5	Zielerreichungsgrad -Gesamt-	69,3%	94,3%	77,2%	77,7%	56,7%	74,0%

Anmerkung
1) Bei diesen Zielgrößen handelt es sich um die ermittelten Konsolidierungspotentiale im Bereich ÖPNV (GBII) und den Konsolidierungszielen im Bereich Orchester und Theater des GB IV (zusammen mit der gebildeten AG des Landes)

Abbildung 1: Zielerreichung, bezogen auf Gesamt-Konsolidierungsvorgabe bis 2007

Zielerreichung in 2003							
Stand: 29.01.2003		GB I	GB II	GB III	GB IV	GB V	Summe
1	Ursprüngliche Eckwertvorgabe 2003 (SOLL)	7.527.458	5.146.392	1.721.900	4.472.567	4.760.683	23.629.000
2	zuzüglich Übertrag von 2002	445.910	-71.032	119.400	63.158	919.767	1.477.203
3	Korrigierte Eckwertvorgabe 2003 (Summe Ziff.1+2)	7.973.368	5.075.360	1.841.300	4.535.725	5.680.450	25.106.203
4	davon konzeptionell untersetzt in €	2.474.560	2.595.000	1.320.242	1.723.600	4.161.590	12.274.992
5	in Prozent	31,0%	51,1%	71,7%	38,0%	73,3%	48,9%
6	Vergleich zum Vormonat (Stand 03.12.2002)						
7	Stand Vormonat (in €)	2.474.560	2.554.500	2.247.396	1.636.880	4.169.480	13.082.816
8	Stand Vormonat (in %)	31,0%	50,3%	122,1%	36,1%	73,4%	52,1%

Abbildung 2: Zielerreichung bezogen auf Konsolidierungsvorgabe 2003 und Vergleich zum Stand des Vormonats

Die in den bisherigen Berichten ebenfalls ausgewiesenen Konsolidierungsvorgaben von 9,2 Mio. € für das Konsolidierungsfeld C (Sonderbereich - einmaliger nichtstruktureller Einsparungseffekt) betrafen ausschließlich das HH-Jahr 2002.

Um eine zusammenfassende Darstellung der Einsparungsbemühungen der Geschäftsbereiche zu ermöglichen, werden die Einsparungen im Konsolidierungsfeld C separat in der nachfolgenden Tabelle erfasst und hinsichtlich ihrer zeitlichen Wirkung ausgewiesen.

Haushaltswirksamkeit der Konsolidierungsbeiträge im Konsolidierungsfeld C (nicht strukturell wirkende Konsolidierungsbeiträge)						
Stand: 15.01.2003						
GB	Konsolidierungs-vorgabe	Haushaltsjahr			Summe	Zielerreichung auf Vorgabe
		2002	2003	2004		
Angaben in €						
I	1.385.000	1.474.500		1.000.000	2.474.500	178,7%
II	1.149.000	1.150.224			1.150.224	100,1%
III	1.362.000	532.944		5.300.000	5.832.944	428,3%
IV	2.506.000	759.100			759.100	30,3%
V	2.798.000	492.000	1.834.800	1.807.500	4.134.300	147,8%
Summe	9.200.000	4.408.768	1.834.800	8.107.500	14.351.068	156,0%
in Prozent vom Gesamt-SOLL		47,9%	19,9%	88,1%	156,0%	

Abbildung 3: Haushaltswirksamkeit der Konsolidierungsbeiträge im Konsolidierungsfeld C

Es zeigt sich, dass bei den nicht strukturell wirkenden Einsparungen (Konsolidierungsfeld C) in 2002 das Konsolidierungsziel in Höhe von 9,2 Mio. € zwar nur zu knapp 48 % erreicht wurde. Insgesamt wurden aber Maßnahmen ergriffen, die zu einer Gesamteinsparung von 14,35 Mio. € führen, allerdings verteilt auf den Zeitraum bis 2004.

Voraussichtliche Ausfallrisiken

GB	Ausfallrisiko	Anmerkung
IV	max. 8 Mio. € (Betrag noch nicht quantifizierbar)	Bislang wurden noch keine konkretisierten Konsolidierungsvorschläge iRd vorzunehmenden Restrukturierung im Bereich Musik (Oper, Philharmonie) vorgelegt. Das selbe gilt für den Bereich Theater. Es besteht aus Sicht des Konsolidierungsbeauftragten dringender Handlungsbedarf, um den Zeitplan einzuhalten. Auf Mitte Februar sind Gespräche mit den Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der Verwaltungsspitze terminiert.
Ausfälle aufgrund struktureller Änderungen (Umfeldbedingungen)		
V	8 Mio. €	Bereich KiTa: Wegfall KB von rd 6 Mio. u. Mehrbedarf von rd. 2 Mio. aufgrund eines Mehrbedarfs von rd. 800 KiTa-Plätzen (Zahlen müssen noch validiert werden). Hohe Planungsunsicherheit, da aufgrund der ggf. wegfallenden Verpflichtung zur Bereitstellung von Krippe- u. Hortplätzen wieder eine deutliche Entlastung eintreten kann.
<p>Anmerkung: Im Bereich des ZGM wurden von den insgesamt 23,5 Mio. € Konsolidierungsvorgabe lediglich 1,5 Mio. € umgesetzt. Nach Absprache mit dem zwischenzeitlich eingesetzten Geschäftsführer des EB ZGM werden die Konsolidierungsvorgaben des HHSK auf ihre Realisierungsmöglichkeit hin bis zum 05.02.2003 durch das ZGM überprüft. Infolgedessen können sich hier noch zusätzliche Ausfallrisiken ergeben.</p>		

Abbildung 4: Aktueller Stand der voraussichtlichen Ausfallrisiken

2 Zusammenfassende Bewertung

Auf Grund der kurzen Zeitspanne seit Vorlage des Haushaltssicherungskonzepts für den Haushaltsplan 2003 sind keine gravierenden Änderungen im vorliegenden Status zum Stand der Haushaltskonsolidierung zu verzeichnen.

Die Zielerreichung der in den Maßnahmen ausgewiesenen Konsolidierungsbeiträge stellt sich wie folgt dar:

- Hinsichtlich der strukturell wirkenden Einsparungen wurden **57,1 %** der Konsolidierungsvorgaben konzeptionell untersetzt.
- Unter Berücksichtigung der weiteren festgelegten Konsolidierungspotentiale im Bereich ÖPNV und im Kulturbereich erhöht sich der Zielerreichungsgrad auf **74 %**.
- Entsprechend den Eckwertvorgaben für die Geschäftsbereiche in den Jahren bis 2007 zeigt sich für das Haushaltsjahr 2003 nach derzeitigem Stand ein Zielerreichungsgrad von **49,2 %**. Hier ist anzumerken, dass die im Haushaltsjahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben entsprechend den ursprünglichen Eckwertvorgaben als Verlustvortrag vollständig in das Haushaltsjahr 2003 überführt wurden. Die ausgewiesenen Zielerreichungsgrade der Geschäftsbereiche verdeutlichen den anhaltenden Handlungsdruck auch im Haushaltsjahr 2003.

Ohne den im Kulturbereich bestehenden Ausfallrisiken, die zz wegen fehlender Konzepte nicht quantifiziert werden können, bestehen momentan **Ausfallrisiken in Höhe von bislang rd. 8 Mio. €**, die kompensiert werden müssen und im Ergebnis nicht zu einer Veränderung der vorgegebenen Gesamtkonsolidierungsvorgaben führen dürfen. Nach Überprüfung der Konsolidierungsvorgaben im Bereich ZGM im Februar 2003 können sich gegebenenfalls weitere Ausfallrisiken ergeben.

Diesen Ausfallrisiken stehen Einsparoptionen gegenüber, die der Höhe nach noch zu unterlegen sind:

- Grundsätzliche 10%-ige Reduzierung von Zuschüssen an Dritte durch alle Verwaltungsbereiche hinsichtlich freiwilliger Aufgaben;
- Umsetzung des Gutachtens zur Neustrukturierung der SWH inkl. Veränderung der Beteiligungsstruktur;
- Verbessertes Kredit- und Geldanlagenmanagement (z.B. Sondertilgungen bei Zinsbindungsablauf, Zinsswaps, verbesserte und flexiblere Geldanlagen, etc.);
- Reform der Verwaltungsgebührenordnung und Erhöhung einzelner Gebührentarife in Angleichung an das geltende Landesrecht;
- Kosten der Politik / Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse;
- Kooperation zwischen bzw. Fusion von HWG und GWG;

3 Eckdaten

3.1 Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche – Gesamt –

In dem vom Stadtrat am 22. Mai 2002 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2002 bis 2007 wurden als Eckwerte für die Jahre 2002 bis 2007 ein strukturelles Gesamteinsparziel von rd. 88 Mio. € festgelegt. Auf dieser Grundlage wurden die Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche konkretisiert auf einen Gesamtwert von rd. 88,67 Mio. €.

Die Struktur der angelegten Konsolidierungsfelder beinhaltet

– **Konsolidierungsfeld A:**

Hier werden die strukturell wirkenden Konsolidierungsbeiträge der unterschiedlichen Politik- und Aufgabenfelder zusammengefasst, die den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordnet werden können.

– **Konsolidierungsfeld B:**

Hier werden Konsolidierungsbeiträge gebündelt, die aus Querschnittsthemen (z. B. Straffung der Zentralbereiche und interner Servicefunktionen) entwickelt werden und übergreifende Optimierungseffekte haben.

Die Einsparungen durch Sofortmaßnahmen (Konsolidierungsfeld C) werden ab dem Haushaltsjahr 2003, wie eingangs erwähnt, gesondert erfasst und separat ausgewiesen.

Die Eckwerte werden sich weiterhin in den einzelnen Jahren verändern. Gründe hierfür können u. a. sein:

- Verlagerung von zu erbringenden Konsolidierungsbeiträgen zu anderen Geschäftsbereichen
- Anpassung der Konsolidierungsbeiträge an veränderte Rahmendaten
- zeitliche Anpassung der Konsolidierungsbeiträge auf die nachfolgenden HH-Jahre bis 2007.

Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche: Eckdaten 2002 -2007						
Konsolidierungs- bereich	GB I	GB II	GB III	GB IV	GB V	Gesamtsumme
A		19.500.000	3.000.000	10.700.000	15.000.000	48.200.000
B	30.580.000	1.123.000	1.485.000	2.452.000	4.833.000	40.473.000
Summe	30.580.000	20.623.000	4.485.000	13.152.000	19.833.000	88.673.000

Abbildung 5: Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche: Eckdaten 2002 - 2007

- Mit rd. 30,5 Mio. € muss der GB I den höchsten Konsolidierungsbeitrag leisten. Davon entfällt auf den Bereich ZGM allein 23,5 Mio. €.

Die Höhe des im Bereich ZGM zu erbringenden Konsolidierungsbeitrags wird maßgeblich bestimmt durch den Umfang der freizusetzenden Gebäudeflächen. Zuverlässige Aussagen hierzu lassen sich erst treffen, wenn die zugrunde liegenden Fachplanungen erstellt und verabschiedet worden sind. Dies betrifft vom Umfang her vor allem den Bereich Schulen und KiTas.

Aufgrund der laufenden Novellierung von Landesgesetzen konnten bislang keine abschließenden Fachkonzepte zugearbeitet werden, da auch der Flächenbedarf maßgeblich durch den Umfang der weiterhin zu erbringenden Leistungen bestimmt wird.

Mit Beginn des HH-Jahres 2003 hat das ZGM als Eigenbetrieb seine Arbeit aufgenommen. Erste Gespräche mit der Geschäftsführung, dem GB I und dem Konsolidierungsbeauftragten wurden geführt, in denen auf die Bedeutung und Dringlichkeit der zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge hingewiesen wurde.

Es wurde vereinbart, dass am 5. Februar 2003 eine Abstimmung über die Tragfähigkeit der im HSK ausgewiesenen Konsolidierungsvorgaben auf der Grundlage weiterführender Untersuchungen des ZGM erfolgt. Genauere Angaben können erst nach Vorlage und Verabschiedung der Bedarfsplanungen im Bereich Schulen und KiTa erfolgen. Mit diesen ist bis zum 2. Quartal 2003 zu rechnen.

- Der GB II hat mit insgesamt rd. 20,6 Mio. € den zweitgrößten KB zu erbringen. Allein 17 Mio. € entfallen jedoch auf den ÖPNV, der zwar originär durch die HAVAG zu erbringen ist, aus organisatorischen Gründen aber dem Verantwortungsbereich des GB II zugeordnet wurde.

Ein von der HAVAG vergebenes externes Gutachten weist ein bis 2007 realisierbares Konsolidierungsvolumen durch Kostenreduzierungen und Reduzierung des Verkehrsangebots in Höhe von 10,6 Mio. € aus. Von diesen sind bislang 8,73 Mio. € konkret untersetzt. Die Differenz zur Konsolidierungsvorgabe ist noch zu untersetzen. Entsprechende Gespräche mit der HAVAG sind auf den Februar avisiert. Besondere Probleme wird es dort bereiten, nach Abschluss des Spartentarifvertrags, der eine betriebsbedingte Kündigung ausschließt die erforderlichen Personalanpassungen vorzunehmen.

- Der GB III hat einen Konsolidierungsbeitrag von 4,48 Mio. € zu erbringen. Davon entfallen 1 Mio. € auf die Erstellung eines Fachkonzeptes im Fachbereich 32 (Allgemeine Ordnung) mit der Zielstellung Personal einzusparen und die Einnahmen zu erhöhen. Die genaue Untersetzung des Fachkonzeptes liegt bis Juni 2003 vor. Weiterhin ist beabsichtigt, den durch das Gesetz über den Feuerschutz und Hilfeleistung (FSHG) vorgeschriebenen Brandschutzbedarfsplan neu zu erstellen. In Verbindung mit einer Restrukturierung im Bereich Feuerwehr wird hier mit einer Einsparung von 500.000 € gerechnet. Als Realisierungstermin ist Juni 2003 vorgesehen. Eine weitere Untersuchung läuft derzeit im Umweltamt und steht kurz vor dem Abschluss.

- Die Konsolidierungsvorgaben im GB IV werden maßgeblich bestimmt durch die im Bereich Musik (Oper, Philharmonie) und Theater zu erbringenden Einsparungen. Als interne Vorgabe wurde hier die Zielsetzung eines Konsolidierungsvolumens in Höhe von 8 Mio. € formuliert.

Die bisherigen Ergebnisse der gebildeten Arbeitsgruppen mit den Beteiligten und Vertretern der Landesregierung sind nicht befriedigend. Die bis Ende Januar vorzulegenden Vorschläge wurden nicht unterbreitet. Neue Überlegungen, wie im Bereich Oper, Philharmonie die Konsolidierungsziele erreicht werden können, werden in der nächsten Arbeitsgruppensitzung Mitte Februar unterbreitet werden.

Aus Sicht des Konsolidierungsbeauftragten sollten durch einen verbindlichen Grundsatzbeschluss des Stadtrats die zu erbringenden Einsparungen verbindlich festgelegt werden, um den Konsolidierungsprozess zu befördern und den Verantwortlichen klar zu machen, dass die Politik auch im Bereich Kultur verstärkte Konsolidierungsanstrengungen erwartet.

- Mit rd. 19,8 Mio. € leistet der GB V den dritthöchsten Konsolidierungsbeitrag. Ziel ist hier jedoch das „Einfrieren“ des IST-Zuschussbedarfs im Zielkorridor bis 124 Mio. €. Durch die Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes ist mit Einsparungen im Bereich Kita zu rechnen. Hier wird insbesondere der eingeleiteten Bedarfs- und Entwicklungsplanung eine entscheidende Bedeutung zukommen. Darüber hinaus werden drastische Kürzungen der pauschalen Zuweisungen vom Land erwartet. Zum jetzigen Zeitpunkt können die KB der Höhe nach noch nicht ausgewiesen werden. Erste Aussagen darüber werden Ende März 2003 vorliegen.

3.2 Stand der Umsetzungsplanung der Geschäftsbereiche 2002 - 2007

Die Konsolidierungsbeiträge der Geschäftsbereiche sind - orientiert an den Eckwertvorgaben - bis 2007 weiter zu beplanen und fachlich zu untersetzen.

Insgesamt sind 57,1 % der bis 2007 zu erbringenden Einsparungen durch konkrete Maßnahmeplanungen untersetzt.

Die folgende Tabelle weist die ausgewiesene Differenz der beplanten Maßnahmen zu den Eckwertvorgaben aus.

Umsetzungsplanung der Geschäftsbereiche 2002 - 2007												
Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte		Gesamt- vorgabe	davon untersetzt (Bereiche A+B+C)	ZEG Gesamt ¹⁾	Umsetzungsplanung der Geschäftsbereiche							
					2002 ²⁾	2003	2004	2005	2006	2007	Summe	
Angaben in Mio. €												
GB I	Eckwertvorgaben	30,58										
	Summe Maßnahmen		21,10	69,0%	2,82	7,97	8,03	6,93	4,83			30,58
	Differenz zu Eckwertvorgaben		9,48			2,47	4,47	5,56	5,66	0,11		21,10
						5,50	3,56	1,37	0,83	0,11		9,48
GB II	Eckwertvorgaben	20,62										
	Summe Maßnahmen		12,55	60,8%	0,36	5,08	5,52	5,02	4,65			20,62
	Differenz zu Eckwertvorgaben		8,07			2,60	4,60	2,56	1,44	1,00		12,55
						2,48	0,92	2,46	3,21	1,00		8,07
GB III	Eckwertvorgaben	4,49										
	Summe Maßnahmen		3,38	75,4%	0,48	1,84	0,92	0,92	0,32			4,48
	Differenz zu Eckwertvorgaben		1,10			1,32	1,10	0,05	0,06	0,13		3,13
						0,52	0,18	0,87	0,26			1,36
GB IV	Eckwertvorgaben	13,15										
	Summe Maßnahmen		2,31	17,6%	0,42	4,54	4,87	2,20	1,13			13,15
	Differenz zu Eckwertvorgaben		10,84			1,73	0,11	0,08	0,03			2,36
						2,80	4,77	2,12	1,10			10,79
GB V	Eckwertvorgaben	19,83										
	Summe Maßnahmen		11,25	56,7%	1,67	5,68	4,41	4,41	3,66			19,83
	Differenz zu Eckwertvorgaben		8,59			4,16	4,20	1,21				11,24
						1,52	0,21	3,20	3,66			8,60
Summe	Eckwertvorgaben	88,67										
	Summe Maßnahmen		50,59	57,1%	5,75	25,11	23,76	19,48	14,58			88,67
	Differenz zu Eckwertvorgaben		38,08			12,28	14,47	9,46	7,18	1,11		50,25
						12,82	9,28	10,02	7,40	1,11		38,43

1) Zielerreichungsgrad: Untersetzte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme

2) Die KB für 2002 sind auf Basis der tatsächlich erreichten Ist-Werte dargestellt.

Abbildung 6: Umsetzungsplanung der Geschäftsbereiche 2002 – 2007

Soweit die Geschäftsbereiche in 2002 Ausfälle bei den strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben zu verzeichnen hatten, wurden diese als „Verlustvortrag“ in das Haushaltsjahr 2003 übertragen und erhöhen dort die bisherigen Eckwertvorgaben.

4 Zielerreichung der Konsolidierungsvorgaben

- Zur Erzielung des geplanten Konsolidierungsvolumens sind weiterhin noch deutliche Anstrengungen erforderlich. Neben den noch nicht konkret untersetzten Konsolidierungsvorgaben im Bereich Kultur und ÖPNV sind bis jetzt „lediglich“ 50,6 Mio. € (57,1 %) der bis 2007 zu erbringenden Konsolidierungssumme von 88,67 Mio. € untersetzt.
- Von den in 2003 zu erbringenden Konsolidierungsbeiträgen in Höhe von **25,1 Mio. €** (inkl. Übertrag aus 2002) sind lediglich rd. **12,3 Mio. € (48,9 %)** untersetzt.
- Die Belastbarkeit der angegebenen Summen kann erst nach Vorlage der Fachkonzepte geprüft werden. Diese werden nun verstärkt eingereicht und geprüft bzw. weiterentwickelt.

4.1 Konzeptionell unterlegte Maßnahmen: Zielerreichungsgrad - Gesamt pro Geschäftsbereich

Diese Kennzahl verdeutlicht, in welchem Umfang die einzelnen Konsolidierungsfelder mit Fachkonzepten/Maßnahmenplänen untersetzt sind. Insoweit zeigt die Kennzahl auch, in welchem Umfang sich der jeweilige Geschäftsbereich inhaltlich überhaupt dem Thema Konsolidierung angenommen hat.

In den einzelnen Konsolidierungsfeldern wurden bis zur Berichtslegung folgende Ergebnisse erzielt:

- Von den strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben wurde bis zur Berichtslegung eine Gesamtsumme von rd. 50,6 Mio. € als „konzeptionell unterlegt“ ausgewiesen; dies entspricht einem Anteil von 57,1 % der zu erzielenden Einsparungen.
- Die Hinterlegung weiterer, festgelegter Zielgrößen ergibt einen Erfüllungsgrad bei den strukturell wirkenden Maßnahmen von 74 %.

Hinsichtlich der Zielerreichung der jeweiligen Geschäftsbereiche bei den strukturell wirkenden Konsolidierungsbeiträgen zeigt sich folgendes Bild:

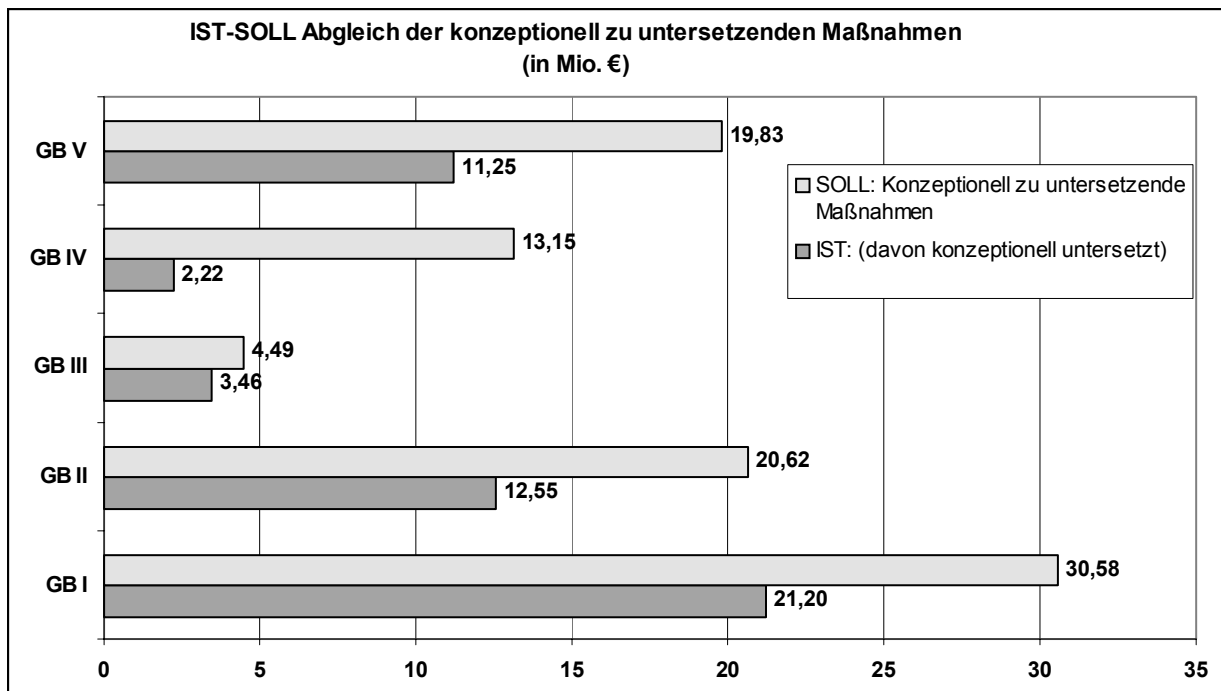


Abbildung 7: Ist-Soll-Abgleich der konzeptionell zu untersetzenden Maßnahmen bis 2007 (in Mio. €)

Insgesamt sind für den Berichtszeitraum bis 2007 rund 50,7 Mio. € strukturell untersetzt. Dies entspricht einem Anteil von 57,1 % der bis 2007 zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge.

4.1.1 Zielerreichungsgrad bezogen auf Vorgaben 2003

Der Erfüllungsgrad der konzeptionellen Untersetzung in Bezug zu den Konsolidierungsvorgaben für das Haushaltsjahr 2003 sowie die Steigerung gegenüber dem Vormonat veranschaulicht folgende Abbildung.

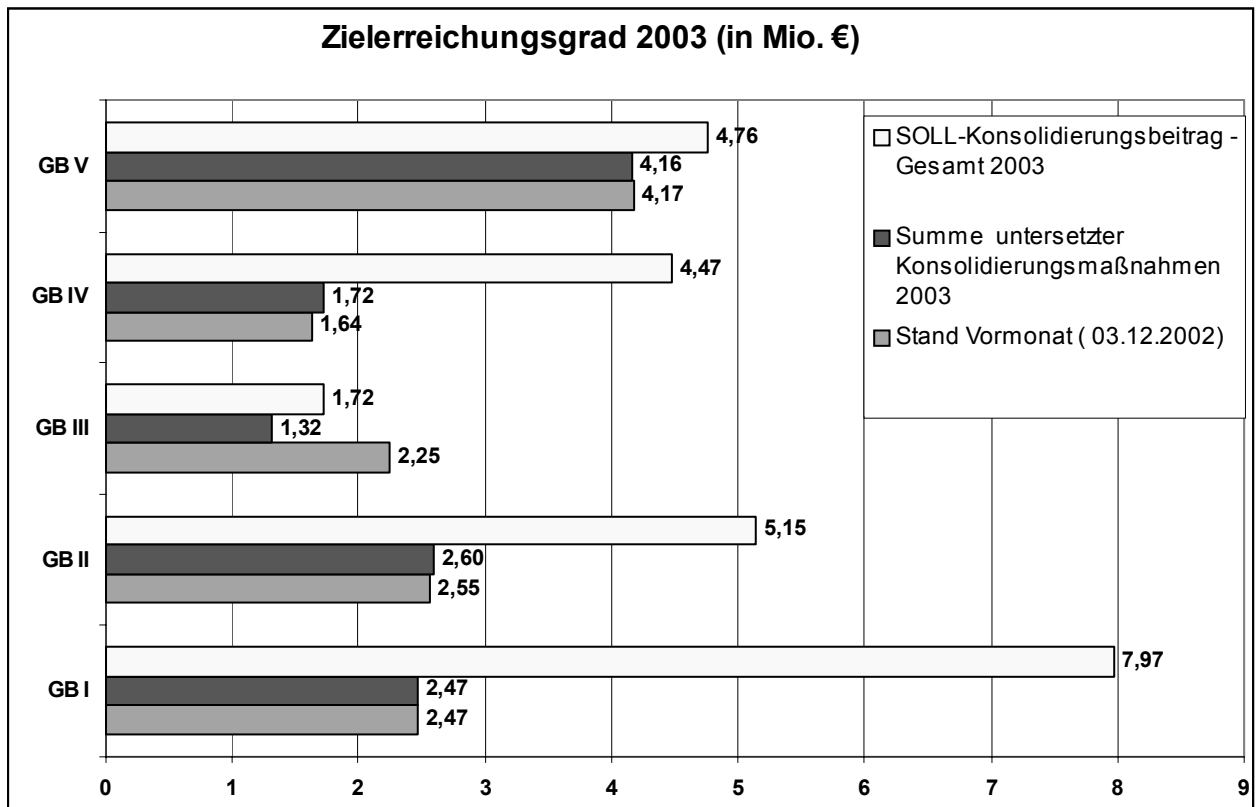


Abbildung 8: Zielerreichung, bezogen auf den in 2003 zu erbringenden KB (in Mio. €)

Gegenüber dem Vormonat sind keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen. Im GB III resultiert die Reduzierung gegenüber dem Vormonat aus der teilweise Verlagerung von in 2003 geplanten Einsparungen ins HH-Jahr 2004.

In den Geschäftsbereichen I, II und IV sind weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die Soll-Vorgaben konzeptionell zu unterlegen.

Dies Abweichungen resultieren

- beim GB I durch die hohen Konsolidierungsvorgaben im Bereich ZGM, die derzeit noch nicht unterlegt sind
- im GB II durch die beim ÖPNV zu erbringenden Konsolidierungsvorgaben, die erst teilweise konzeptionell unterlegt sind
- beim GB IV durch die Konsolidierungsvorgaben im Bereich Kultur, die konzeptionell ebenfalls noch unterlegt werden müssen.

6 Geschäftsbereich I

Zentraler Service

GB I: Umsetzungsplanung 2002 - 2007										
Konsolidierungsbeiträge des Geschäftsbereichs über die einzelnen Konsolidierungsfelder										
Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte		Gesamt	davon konzeptionell	ZEG Gesamt ²⁾	Umsetzung konzeptionell unteretzter Maßnahmen in					
					2002	2003	2004	2005	2006	2007
Eckwertvorgaben		32.965.000 €	30.580.000 €		5.655.167 €	7.973.368 €	8.027.458 €	6.927.458 €	4.827.458 €	0 €
Maßnahmen				davon Verlustvortrag aus 2002 ³⁾	445.910 €					
		in €	in €	in %	in €					
B 1	Einnahmesteigerungen									
I 1	Steuererhöhungen (Gewerbesteuer)	1.475.000	1.475.000	100,0%	1.475.000	0	0	0	0	0
I 2	Mehreinnahmen (Grundsteuer)	250.000	1.300.000	520,0%	1.300.000	0	0	0	0	0
	Summe B1	1.725.000	2.775.000	160,9%	2.775.000	0	0	0	0	0
I	Aufgabenkritische Überprüfung aller Serviceeinheiten (Verwaltung der Verwaltung)									
I 3	Fachkonzept Liegenschaften	223.200	223.200	100,0%		87.670	67.000	31.530	37.000	
I 4	Fachkonzept Recht	313.800	313.800	100,0%		179.800	67.000	30.000	37.000	
I 5	Fachkonzept Stadtkasse	165.480	165.480	100,0%			165.480			
I 6	Fachkonzept Kämmerei	37.000	37.000	100,0%			37.000			
I 7	Fachkonzept Steuern	188.570	188.570	100,0%		43.690	72.440	38.570	33.870	
I 8	Fachkonzept Personal und Organisation	938.400	938.400	100,0%	0	448.800	285.600	204.000	0	0
	Summe B2	1.866.450	1.866.450	100,0%	0	759.960	694.520	304.100	107.870	0
I 9	Zentralisierung, Flächenreduzierung (Hauptanteil der Flächen bei Schulen) Privatisierung/ Outsourcing/ Kapazitätsanpassung	23.500.000	1.544.167	6,6%	9.257	544.600	495.800	353.000	33.130	108.380
I 10	Verringerung Schuldendienst wegen Kreditbegrenzung	14.870.000	14.870.000	100,0%		1.170.000	3.278.000	4.902.000	5.520.000	0
I 11	Krankenkassenwechsel	1.000.000	100.000	10,0%	100.000	0	0	0	0	0
I 12	Durchführung von grundlegenden Organisationsüberprüfungen in allen Ämtern/GB unabhängig von anderen Maßnahmen	1.355.000	40.000	3,0%	40.000	0	0	0	0	0
	Summe B	44.316.450	21.195.617	47,8%	2.924.257	2.474.560	4.468.320	5.559.100	5.661.000	108.380
C1	Nicht strukturell wirkende Maßnahmen	1.385.000								
I 13	Sonderurlaub			-	0	0	0	0	0	0
I 14	Haushaltssperre			-	1.474.500	0	0	0	0	0
I 15	pauschalierte Ausgleichszahlungen für zuordnungswidrig durch BVS veräußerte Vermögenswerte	1.000.000		-	0	0	1.000.000	0	0	0
	Summe C1	2.385.000	0	-	1.474.500	0	1.000.000	0	0	0
	Summe Maßnahmen	46.701.450	21.195.617	69,3%	4.398.757	2.474.560	5.468.320	5.559.100	5.661.000	108.380
	Differenz zu Eckwertvorgaben	13.736.450	-10.384.383		-1.256.410	-5.498.808	-2.559.138	-1.368.358	833.542	108.380
	Zielerreichungsgrad im HH-Jahr⁴⁾				77,8%	31,0%	68,1%	80,2%	117,3%	

1) Neue Maßnahme, soweit nicht im R.Berger-Gutachten aufgeführt
2) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme
3) die im HH-Jahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben werden als "Verlustvortrag" vollständig in das HH-Jahr 2003 übertragen
4) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die im jeweiligen HH-Jahr zu erbringende Einsparungssumme der Maßnahmen

Geschäftsbereich I Zentraler Service

Verantwortung

Beigeordneter:		Herr Funke		Co-Reformer:		Herr Willecke	
Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Herrmann	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X	X					
Nr.	6.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/3	Fachkonzept für den Bereich Liegenschaften						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X	X	
<p>Im Liegenschaftsamt sind 62 Stellen eingeordnet. Mit Gründung des Eigenbetriebes ZGM werden Aufgaben der Gebäudeverwaltung durch das ZGM wahrgenommen, so dass 8 Stellen auf das ZGM übertragen werden. Diese Maßnahme stellt keinen Einspareffekt dar. Die aufgeführten Einsparbeträge im übrigen Liegenschaftsamt ergeben sich aus Inanspruchnahme von Altersteilzeit, Ausscheiden gegen Zahlung einer Abfindung, Umsetzung auf eine freie Stelle sowie dem Setzen einer kw-Stelle. Damit ergibt sich vorläufig ein Abbau von sieben Stellen als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.</p> <p>Das Liegenschaftsamt hat die wahrgenommenen Aufgaben und die Anzahl der Geschäftsvorfälle zusammengefasst.</p> <p>Diese Zusammenfassung dient als Grundlage für eine Stellenbemessung, die wegen der Aufgabenstruktur und der damit zusammenhängenden Schwierigkeit mittlere Bearbeitungszeiten zu bestimmen, noch nicht abgeschlossen. Daher konnte auch der Termin zur Fertigstellung des Fachkonzeptes zum 15.01.2003 nicht einhalten. Nach Klärung von Fragen hinsichtlich der wahrgenommenen Aufgaben und des notwendigen Aufwandes zu ihrer Erfüllung wird voraussichtlich bis zum 17.02.2003 eine Stellenbemessung vorliegen, die zur Erstellung eines Fachkonzeptes unerlässlich ist.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	0	87,67	67	31,53	37	0	223,20
2. Reduzierung Sachkosten							

davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp. Nr: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	87,67	67	31,53	37	0	223,20
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service

Verantwortung

Beigeordneter:		Herr Funke		Co-Reformer:		Herr Willecke	
Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Borries	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X	X					
Nr.	6.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/4	Personaleinsparungen im FB Recht						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X	X	

Der Fachbereich Recht umfasst 2002 nach Eingliederung des ehemaligen Sachgebietes Submission 63 Stellen. Durch altersbedingtes Ausscheiden, der Inanspruchnahme von Rentenmodellen und Umsetzungen auf freie Stellen wird im Konsolidierungszeitraum ein Abbau von 10 Stellen erreicht, der sich in den angegebenen Zahlen zum Einsparvolumen widerspiegelt. Im Ressort Rechtsberatung wird die Anzahl der Mitarbeiter im Verhältnis zu den Klage-, Widerspruchsverfahren und Anfragen ermittelt. Eine bisher unbesetzte Stelle für einen Juristen soll entfallen. Dafür soll eine Sachbearbeiterstelle geschaffen werden, die mit einem Mitarbeiter besetzt wird, der im Gebührenrecht der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung fortgebildet wird. Wegen der Vielzahl der Anfragen an das Ressort Rechtsangelegenheiten soll ein Maßnahmenplan erarbeitet werden, der eine Schulung von Mitarbeitern aus den Bereichen zum Inhalt hat, aus denen die meisten Anfragen kommen. Für das Ressort Submission und Versicherung werden an Hand der Fallzahlen der letzten Jahre die Bearbeitungszeiten ermittelt, um eine Stellenbemessung vorzunehmen. Insbesondere bei der Submission werden die einzelnen Bearbeitungsschritte aufgeschlüsselt und die Betreuung des Vergabeausschusses berücksichtigt. Im Ressort Regelung offener Vermögensfragen werden im Arbeitsgebiet mit dem größten Volumen dem Entschädigungsrecht die Bearbeitungsschritte festgelegt und mittlere Bearbeitungszeiten ermittelt. Aufgrund der aktuellen Zahl der Entschädigungsverfahren wird eine Prognose für die zu erwartenden neuen Verfahren aufgestellt, wobei von einer durchschnittlichen Fallzahl ausgegangen wird und bei Spitzen in der Bearbeitung verlängerte Bearbeitungszeiten hingenommen werden. Die Ergebnisse der vorgenannten Untersuchungen werden in einem Fachkonzept dargestellt und sollen zu einer Einschätzung des Stellenbedarfs, ggf. des weiteren Stellenabbaus, führen. Termine für die Abgabe ist Anfang Februar 2003.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		179,8 8	67	30	37	0	313,88
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							

2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp. Nr.: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		179,8 8	67	30	37	0	313,88
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service			
Verantwortung			
Beigeordneter:	Herr Funke	Co-Reformer:	Herr Willecke
Reformbeauftragter:	Frau May-Lander	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Berninger
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X	X						
Nr.	6.3 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
I/5	Personaleinsparungen im Bereich Kasse							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X	X	
<p>Das Fachkonzept der Stadtkasse befindet sich derzeit noch in Prüfung. Die aufgeführten Einsparbeträge stellen auf eine ATZ und auf Einsparungen außerhalb der im Jahr 2001 stattgefundenen Org.-Untersuchungen (4 Stellen VI b in der Buchhaltung) ab.</p> <p>Um Geschäftsprozesse zu verfolgen, zu optimieren und damit weitere Einsparpotenziale aufzudecken, bedarf es einer Organisationsuntersuchung, die frühestens im Juli 2003 sinnvoll ist, da zunächst die Einführung des SAP-Programmes als Produktivsystem abgewartet werden muss, das erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Kasse haben wird.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	0	0	165,48	0	0	0	165,48
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd.							

Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp.Nr: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	0	165,4 8	0	0	0	165,48
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service			
Verantwortung			
Beigeordneter:	Herr Funke	Co-Reformer:	Herr Willecke
Reformbeauftragter:	Frau May-Lander	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Waldt
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X	X						
Nr.	6.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
I/6	Personaleinsparungen im Bereich Kämmerei							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X		
<p>Der Betrag Personaleinsparungen im Jahr 2004 wird durch Inanspruchnahme Rentenmodell begründet.</p> <p>Wegen der von der Kämmerei zu bewältigenden Aufgaben, z. B. dem Aufbau eines Investitionscontrollings, der umfassenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, dem Produktivstart von SAP, der Weiterführung des Projektes der DV-Erneuerung, der Vorbereitung zur Aufstellung und Führung des Haushaltes nach den Regeln der doppelten Buchführung und die Begleitung des Haushaltskonsolidierungsprozesses wird die Erstellung eines Fachkonzeptes bis auf weiteres zurückgestellt.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	0	0	37	0	0	0	37
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd.							

Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp.Nr: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	0	37	0	0	0	37
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service			
Verantwortung			
Beigeordneter:	Herr Funke	Co-Reformer:	Herr Willecke
Reformbeauftragter:	Frau May-Lander	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Stohn
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X						

Nr. 6.5 Kurzbezeichnung der Maßnahme

I/7 Fachkonzept für den Bereich Steuern

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)

AK	GPO	StR
X	X	

Das Steueramt hat 2002 insgesamt 27 Stellen (entspricht 26 Vollzeitarbeitskräften und 1 Teilzeitkraft). Auf der Grundlage der Anzahl der Arbeitsvorgänge in 2001 und 2002 (hochgerechnet zum Jahresende) ist eine Stellenbemessung für die drei Teams Grundsteuer, Gewerbesteuer und allgemeine Steuer unter der Prämisse der verfügbaren Nettoarbeitszeit durchgeführt worden.

Die Bearbeitungszeit von 5000 Minuten je Fall Steuererklärungen für die Stadt als Steuerschuldnerin erklärt sich daraus, dass die Vorgänge komplett von der Sichtung der Belege aus den Fachbereichen und deren Prüfung bis zur Abfassung der Steuererklärung bearbeitet werden. Die Auswertung hat einen Stellenüberhang von fünf Stellen ergeben, die bis auf eine Stelle durch Setzen von kw -Vermerken eingespart werden. Eine Stelle entfällt durch Eintritt in den Ruhestand. Zur weiteren Optimierung des Arbeitsablaufes wird die Sekretärin des Ressortleiters entsprechend den Hinweisen im Berger-Konzept mit einer halben Stelle als Sekretärin den Haushalt und Fälle der Bauabzugssteuer bearbeiten. Potenziale für einen weiteren Abbau erscheinen derzeit insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen fast 20%-igen Personaleinsparung nicht realistisch.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	0	43,69	72,44	38,57	33,87	0	188,57
2. Reduzierung Sachkosten davon:							

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp. Nr.: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	43,69	72,44	38,57	33,87	0	188,57
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							
Geschäftsbereich I Zentraler Service							
Verantwortung							
Beigeordneter:	Herr Funke			Co-Reformer:	Herr Willecke		

Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Lönnecke	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X	X					
Nr.	6.6 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/8	Fachkonzept für den FB Personal und Organisation						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X	X	
<p>Der Fachbereich Personal und Organisation (FB) hat ein Konzept vorgelegt, um durch Einführung von Teamstrukturen eine ganzheitliche Bearbeitung von Personalvorgängen zu gewährleisten. Darüber hinaus soll der Fachbereich sich auf die Service-Funktion für die anderen Organisationseinheiten konzentrieren und nicht mehr reine Vollzugsaufgaben wahrnehmen. Der FB hat das vorgelegte Konzept überarbeitet und wird es erneut in die Beigeordnetenkonferenz einbringen. Vorbehaltlich der Bestätigung durch die Beigeordnetenkonferenz wird durch Auslagerung von Aufgaben, Inanspruchnahme personalwirtschaftlicher Maßnahmen, Erhöhung der Fallzahlen für die Personalsachbearbeitung und Personalabrechnung und durch technikunterstützte Arbeitsmittel Konsolidierungspotenzial erschlossen, das eine Verringerung des Personals von 87,56 Vollzeitstellen um 31,56 Vollzeitstellen auf 56 bis 2007 ermöglicht. Daraus ergibt sich eine Personalkostenersparnis im Konsolidierungszeitraum von 1.140.492,00 Euro. Sobald die Bestätigung durch die Beigeordnetenkonferenz wird die Verteilung der Einsparbeträge auf die Jahresscheiben vorgenommen.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	0	448,8	285,6	204	0	0	938,4
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66							

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp.Nr: 3401							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	448,8	285,6	204	0	0	938,4
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							
Geschäftsbereich I Zentraler Service							
Verantwortung							
Beigeordneter:	Herr Funke		Co-Reformer:	Herr Willecke			

Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Herrmann	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X		X					
Nr.	6.7 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/9	Zentralisierung, Flächenreduzierung, Privatisierung, Outsourcing/Kapazitätsanpassung						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X	X	
<p>Leistungen für Eigenbetriebe und Eigengesellschaften durch das ZGM sollen in den HH-Jahren 2003 bis 2006 zu Erhöhungen der Einnahmen führen. Die Untersuchung des Steueramtes hinsichtlich steuerrechtlicher Auswirkungen ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Personalkosteneinsparungen ergeben sich aus bekannten Inanspruchnahmen von Altersteilzeit- und Rentenmodellen. Weitere Personalkostenreduzierungen werden nach Gründung des Eigenbetriebes ZGM erwartet. Entsprechende Untersuchungen sind in Arbeit.</p> <p>Resultierend aus den zu erwartenden Personalkostenreduzierungen kommt es zu einer entsprechenden Reduzierung der Sachkosten. Diese können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden, sind jedoch in Arbeit.</p> <p>Im Bereich der Flächenreduzierung wird von einem Einsparziel in einer Höhe von 14,7 Mio. € ausgegangen. Für den Bereich der Schulen konnten realistische Zahlen zur Einsparung ermittelt werden. Derzeit ergibt sich in einem ersten Ansatz ein Betrag von 324.115 € (2003 ein Betrag von 95.067 €). Konzepte für Einsparungen im Bereich Verwaltungsgebäude sowie sonstige Gebäude unter Berücksichtigung von Verkäufen, Abriss und weiteren Vermietungen liegen in Teilen vor. Dieser Prozess wird fortgeführt.</p> <p>Im Bereich Entmietung wurde ein Einsparziel in Höhe von 1,6 Mio. € veranschlagt. Eine entsprechende Bedarfsplanung mit Raumkonzept erfolgt nach Vorlage des Personaltransferkonzeptes (PTK) und den Zuarbeiten der Fachbereiche. Zurzeit wurde ein Betrag in Höhe von 279.177 € (2003 ein Betrag von 74.632 €) festgestellt. Dieser Prozess wird fortgeführt. Weitere Einsparpotentiale in einer Zielgröße von 2,59 Mio. € werden geprüft (z. B. Energiemanagement).</p> <p>169,6 T€ Sachkosten sind noch nicht haushaltsstellengenau unterlegt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung	0	0	328	208	0	30	566

Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:	9,26	169,6	167,8	145	33,13	78,38	603,17
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	9,26	169,6	167,8	145	33,13	78,38	603,17
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:	0	375					375
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Grp. 7150	0	375					375
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	9,26	544,6	495,8	353	33,13	108,3 8	1544,17
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Funke		Co-Reformer:		Herr Willecke	
Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Waldt	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x	x					
Nr.	6.8 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/10	Verringerung Schuldendienst						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X		
14,87 Mio. Euro geschätzter ersparter Schuldendienst (von 2003 bis einschließlich 2006) wegen Kreditbegrenzung der die Stadt belastenden Kredite, abweichend von der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung (ohne Kommunalinvest-Kredite).							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							

2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Reduzierung Sonstiger Finanzausgaben davon:	0	1.170	3.278	4.902	5.520	0	14.870
3.2 Grp.Nr: 860 Zufühhrg. zum Vermögenshaushalt	0	1.170	3.278	4.902	5.520	0	14.870
4. Erhöhung Einnahmen davon:							
4.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
4.2.Rest Sonstige Einnahmen							
5. Reduzierung von Transferleistungen davon							
51. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
5.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
5.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
5.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	1.170	3.278	4.902	5.520	0	14.870
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich I Zentraler Service							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Funke		Co-Reformer:		Herr Willecke	
Reformbeauftragter:		Frau May-Lander		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Waldt	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X	X					
Nr.	6.9 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
I/15	Pauschalierte Ausgleichszahlungen						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X		
<p>1 Mio. Euro einmalige geschätzte zusätzliche Einnahme im Haushaltsjahr 2004 von der BvS (ehemals Treuhandanstalt) zum Ausgleich für durch sie ausgeführte zuordnungswidrige Veräußerungen von Liegenschaften (Entschädigungsleistung)</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							

2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:	0	0	1.000	0	0	0	1.000
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
3.3 Einnahmen VMH Grp. Nr.: 3401	0	0	1.000	0	0	0	1.000
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	0	0	1.000	0	0	0	1.000
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

7 Geschäftsbereich II

Planen, Bauen und Straßenverkehr

GB II: Umsetzungsplanung 2002 - 2007
Konsolidierungsbeiträge des Geschäftsbereichs über die einzelnen Konsolidierungsfelder

Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte		Neue Maßnahme ¹⁾	Gesamt	davon konzeptionell unterlegt	ZEG Gesamt ²⁾	Umsetzung konzeptionell unteretzter Maßnahmen in						
						2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Eckwertvorgaben			21.772.000 €	20.623.000 €		1.436.433 €	5.075.360 €	5.521.392 €	5.021.392 €	4.646.392 €	0 €	
Maßnahmen			in €	in €	in %	in €						
II A Politikfeld Planen und Bauen: Straffung Kernbereiche												
II	1	Grünflächenamt: Änderung Ablauforganisation u. Straffung Leistungskatalog (Reduzierung um 41 AK)		1.230.000	1.230.000	100,0%	77.640	180.000	240.000	330.000	402.360	
II	2	Betriebs- u. Rechtsformänderung Grünflächenamt		50.000	50.000	100,0%	0		50.000			
II	3	stärkere Eigenleistung SPA und Vermessungsamt		272.000	272.000	100,0%	3.000	145.000	124.000			
II	4	Abschaltg.d. Straßen- beleuchtung	x	929.500	929.500	100,0%	0	0	929.500	0	0	0
II	5	Wartung Straßenbeleuchtung	x	800.000	800.000	100,0%	0	0	800.000	0	0	0
II	6	nächtl. Abschaltung LZA		40.000	40.000	100,0%	5.000	35.000	0	0	0	0
II	7	Übertragung Baulasten Bundesstraßen		110.000	110.000	100,0%	0	110.000	0	0	0	0
II	8a	Entlastung durch Optimierung der Fördermittelausschöpfung	x	125.000	125.000	100,0%	125.000	0	0	0	0	0
II	8b	Reduzierung Brunnenlaufzeiten	x	12.240	12.240	100,0%	12.240	0	0	0	0	0
II	8c	Straffung der Mittelverwendung FB 63	x	7.300	7.300	100,0%	7.300					
II	8d	Optimierung der Wasserabsenkungsanlage Ha- Neustadt	x	40.000	40.000	100,0%	40.000	0	0	0	0	0
		Summe A		3.616.040	3.616.040	100,0%	270.180	470.000	2.143.500	330.000	402.360	0
II A ÖPNV												
II	9	Anpassung der Nahverkehrsplanung, Prozessoptimierung bei HAVAG		17.000.000	8.733.000	51,4%	0	2.125.000	2.381.000	2.227.000	1.000.000	1.000.000
		Summe ÖPNV		17.000.000	8.733.000	51,4%	0	2.125.000	2.381.000	2.227.000	1.000.000	1.000.000
II B Querschnittsthemen: B4: Übergreif. aufgabenkr. Reformprogr.												
II	10	Orga-Untersuchungen in allen Fachbereichen		1.123.000	199.285	17,7%	88.285		74.000		37.000	
		Summe B		1.123.000	199.285	17,7%	88.285		74.000		37.000	
II C Nicht strukturell wirkende Maßnahmen												
II	11	Sonderurlaub		118.900	0	-	0					
II	12	Verzögerte Wiederbesetzung in FB 61/62/63	x	120.124		-	120.124					
II	13	Haushaltssperre		1.030.100		-	1.030.100					
		Summe C		1.269.124	0	-	1.150.224					
		Summe Maßnahmen		23.008.164	12.548.325	60,8%	1.508.689	2.595.000	4.598.500	2.557.000	1.439.360	1.000.000
		Differenz zu Eckwertvorgaben		1.236.164	-8.074.675		72.256	-2.480.360	-922.892	-2.464.392	-3.207.032	1.000.000
		Zielerreichungsgrad im HH-Jahr ⁴⁾					105,0%	51,1%	83,3%	50,9%	31,0%	

1) Neue Maßnahme, soweit nicht im R.Berger-Gutachten aufgeführt

2) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme

3) die im HH-Jahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben werden als "Verlustvortrag" vollständig in das HH-Jahr 2003 übertragen

4) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die im jeweiligen HH-Jahr zu erbringende Einsparsumme der Maßnahmen (Eckwertvorgabe)

Verantwortung							
Beigeordneter:		i.V. Herr Doege		Co-Reformer:		Frau Riedel	
Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X					X	
Nr.	7.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 1	7.1.1 FB Grünflächen – Änderung der Ablauforganisation und Straffung Leistungskatalog						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X	X
<p>Reduzierung der Arbeitskräfte um 41 Stellen bei Beibehaltung der bestehenden Organisationsform.</p> <p>Die Reduzierung soll durch Altersteilzeit, Abfindung und Rentenmodelle erzielt werden.</p> <p>Durch Straffung des Leistungskataloges und Reduzierung der Pflegestandards ist angestrebt, die Reduzierung der Arbeitskräfte zu kompensieren.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	77,64	180,0	240,0	330,0 0	402,3 6		1.230,0

2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	77,64	180,0	240,0 0	330,0 0	402,3 6		1.230,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung							
Beigeordneter:		i.V. Herr Doege		Co-Reformer:		Frau Riedel	
Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:		WIBERA in Verbindung mit FB 67	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X		X					
Nr.	7.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 2	7.2.1 Betriebs- und Rechtsformänderung FB Grünflächen						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X	
<p>Die Untersuchungen zur Übernahme des FB 67 in die Stadtwirtschaft sind in einer ersten Phase abgeschlossen.</p> <p>Ein vertiefendes Gutachten an die Wibera ist durch die Stadtwirtschaft in Auftrag gegeben worden. Auf dieser Grundlage soll die Entscheidung der Stadt zur eventuellen Ausgliederung von Teilbereichen getroffen werden.</p> <p>Parallel soll über eine Privatisierung weiterer Teilbereiche mit anderen Trägern verhandelt werden (z. B. Wasserspiele/HWA). Lediglich die angeführten bezifferbaren Einsparmöglichkeiten für die Wasserspiele sind vorerst in die Konsolidierung eingeflossen.</p> <p>Weitere Konsolidierungsbeiträge können erst auf Grundlage des Gutachtens und der Entscheidung der Stadt benannt werden.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten			50,0				50,0
2. Reduzierung Sachkosten davon:							

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			50,0				50,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:

i.V. Herr Doege

Co-Reformer:

Frau Riedel

Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:				
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X					X		
Nr.	7.3 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
II/A 3	7.3.1 Stärkere Eigenleistungen der FB 61 und 62							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung							X	
<p>Durch Erhöhungen der Eigenleistungen an Planungsleistungen durch eigenes Fachpersonal kann der Aufwand der Vergabe an externe Büros reduziert werden.</p> <p>Durch Erhöhung des Eigenanteils an Leistungen werden Vergabekosten für öffentliche Vermessungsaufgaben im FB 62 eingespart (3,0 TEUR).</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:	3,0	145,0	124,0				272,0
2.1 Grp. Nr. 50-66	3,0	145,0	124,0				272,0

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	3,0	145,0	124,0				272,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:	i.V. Herr Doege	Co-Reformer:	Frau Riedel
-----------------------	-----------------	---------------------	-------------

Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Beschluss:		FB 66	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X		X					
Nr.	7.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 4	7.4.1 Abschaltung der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)							X
<p>Eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Zeit von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr bedeutet eine Reduzierung der Energiekosten um 55 %.</p> <p>Die Energieausgaben für die Straßenbeleuchtung betragen zurzeit 1.690,0 TEUR.</p> <p>Bei einer Reduzierung um 55 % kann man von einer Einsparung in Höhe von 929,5 TEUR ausgehen.</p> <p>Für die Änderung der Straßenbeleuchtungszeiten ist jedoch eine Umrüstung der 600 Schaltschränke (0,350 TEUR pro Schrank (600) = 210,0 TEUR) im Stadtgebiet notwendig.</p> <p>Es handelt sich hierbei um einen maximalen Ansatz.</p> <p>Derzeit werden vom FB 66 unterschiedliche Varianten, bezogen auf einzelne Stadtteile und Straßenzüge hinsichtlich des Gefährdungspotentials/Sicherstellung der Verkehrssicherheit erstellt, um sie dem Stadtrat als Vorlage zu unterbreiten.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:			929,5				929,5

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche			929,5				929,5
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			929,5				929,5
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf	0	210,0					210,0
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:	i.V. Herr Doege	Co-Reformer:	Frau Riedel
-----------------------	-----------------	---------------------	-------------

Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Beschluss:		FB 66	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X		X					
Nr.	7.5 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 5	7.5.1 Wartung Straßenbeleuchtung						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X	
<p>Im Rahmen der EU-weiten Ausschreibungen für den Betrieb und die Instandhaltung der Straßenbeleuchtung könnte ab 2004 unter Berücksichtigung des Fehlbetrages von 562,0 T€ ein Einsparbetrag von ca. 800,0 T€ erzielt werden.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:			800,0				800,0
2.1 Grp. Nr. 50-66							

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche			800,0				800,0
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			800,0				800,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:	i.V. Herr Doege	Co-Reformer:	Frau Riedel
-----------------------	-----------------	---------------------	-------------

Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X					X	
Nr.	7.6 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 6	7.6.1 Nächtliche Abschaltung von Ampelanlagen						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung							X
<p>Im Ergebnis der Prüfung der nächtlichen Abschaltungen von Ampelanlagen wurde festgestellt, dass von gegenwärtig 131 Ampelanlagen 71 Ampelanlagen nachts abgeschaltet werden können.</p> <p>Diese Abschaltung wird und wurde schrittweise umgesetzt.</p> <p>Aufgrund der Vorfahrtsregelung Straßenbahn und der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet müssen 60 Ampelanlagen nachts laufen.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:	5,0	35,0					40,0
2.1 Grp. Nr. 50-66	5,0	35,0					40,0

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	5,0	35,0					40,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:

i.V. Herr Doege

Co-Reformer:

Frau Riedel

Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht mehr erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X						x
Nr.	7.7 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A 7	7.7.1 Übertragung Baulasten Bundesstraßen						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					X		
<p>Die Grenzen der Ortsdurchfahrten (OD-Grenzen) der Stadt Halle wurden neu festgelegt. Als Ergebnis hat das Landesamt für Straßenbau Sachsen-Anhalt, Teile der Bundes- und Landesstraßen aus der Baulast der Stadt Halle übernommen (01.04.2002). Die Unterhaltungslänge der Straßen der Stadt verringert sich dadurch um ca. 17 km bzw. ca. 25 km Betreuungslänge.</p> <p>Die Einsparung bezogen auf die Betreuungslänge beträgt ca. 110,0 T EUR.</p> <p>Weitere Einsparungen aus dieser Maßnahme spiegeln sich in anderen Geschäftsbereichen wider (z. B. Straßenreinigung).</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung		110,0					110,0

Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		110,0					110,0
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		110,0					110,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr

Verantwortung

Beigeordneter:		i.V. Herr Doege		Co-Reformer:		Frau Riedel	
Reformbeauftragter:		Frau Präkelt		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X		X					
Nr.	7.8 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
II/A	7.8.1 Anpassung der Nahverkehrsplanung, Prozessoptimierung bei HAVAG						
9							
ÖPNV							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X	X
<p>Im Jahr 2002 beträgt der gesamte Betriebskostenzuschuss für die HAVAG 37,1 Mio. €.</p> <p>Dieser Zuschuss wird bis 2007 durch Prozessoptimierung bei der HAVAG um 10,6 Mio. € auf 26,6 Mio. € gemindert. Darüber hinaus mindert sich dieser Zuschuss bis 2007 um weitere 5 Mio. € durch Ausschüttung von der SWH an die HAVAG über die VVV.</p> <p>Von den aufgeführten 10,6 Mio. € wurden bereits für die Jahre 2003 - 2005 8,733 Mio. € verbindlich im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag vereinbart.</p> <p>Für Januar 2003 wird das Betriebskonzept der HAVAG zur weiteren Untersetzung der 10,6 Mio. € erwartet.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							

2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen		2,125	2,381	2,227	1,000	1,000	8,733
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		2,125	2,381	2,227	1,000	1,000	8,733
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

8 Geschäftsbereich III

Ordnung, Sicherheit und Umwelt

GB III: Umsetzungsplanung 2002 - 2007											
Konsolidierungsbeiträge des Geschäftsbereichs über die einzelnen Konsolidierungsfelder											
Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte		Neue Maßnahme 1)	Gesamt	davon konzeptionell unterlegt	ZEG Gesamt 2)	Umsetzung konzeptionell unterlegter Maßnahmen in					
						2002	2003	2004	2005	2006	2007
Eckwertvorgaben			5.847.000 €	4.485.000 €		1.959.400 €	1.841.300 €	921.900 €	921.900 €	321.900 €	0€
Maßnahmen			in €	in €	in %	in €					
III	A	Politikfeld Sicherheit / Ordnung									
III		Straffg. FB Allg. Ordng, Sicherh. u. Sauberkeit									
III	1	Fachkonzept FB 32	1.000.000	1.000.000	100,0%		500.000	500.000			
III	2	Fachkonzept "Laternenfest"	45.900	45.900	100,0%			45.900			
III	3	Aufgabenkritische Betrachtungen	395.724	395.724	100,0%	175.550	185.704	34.470			
III		Straffung FB Umwelt									
III	4	Aufgabenkritische Betrachtungen	84.160	84.160	100,0%	58.674	25.486				
III	5	Org. untersuchg. i. FB 31....	362.876	362.876	100,0%		362.876				
III	6	Personalausgleich Amt 31	110.000	110.000	100,0%		110.000				
III		Kapazitätsanpassung Feuerwehr									
III	7	Aufgabenkritische Betrachtungen	186.230	186.230	100,0%	51.727	28.533		48.813	57.157	
III	8	Erstellung eines Brandschutzbedarfsplanes	500.000	500.000	100,0%			250.000	250.000		
III	9	Besetzung eines RTW m. vorh. Personal z. Abdeckung v. Einsatzspitzen	168.000	168.000	100,0%			168.000			
III	10	Übernahme von Mehrleistungen durch die Berufsfeuerwehr im	68.100	68.100	100,0%			68.100			
III		Optimierung der Dienstleistungsaufgaben i. d. Bürgerservicestellen									
III	11	Aufgabenkritische Betrachtungen	52.210	52.210	100,0%	39.157	13.053				
III	12	Prüfung d. Stellenbedarfs d. Aufgabenbereichs Zulassung	254.580	254.580	100,0%		94.590	31.530			128.460
		Summe Maßnahmen A	3.227.780	3.227.780	100,0%	325.108	1.320.242	1.098.000	48.813	57.157	128.460
	B	Querschnittsthemen									
	B 1	Einnahmesteigerungen									
	13	Straßenreinigungsgebühren	153.000	153.000	100,0%	153.000					
		Summe Maßnahmen B	153.000	153.000	100,0%	153.000					
III	C1	Nicht strukturell wirkende Maßnahmen									
III	14	Teilprivatisierung einer städtischen Gesellschaft	5.300.000		-			5.300.000			
	15	Sonderurlaub			-	36.344					
III	16	Haushaltssperre	496.600	0	-	496.600					
		Summe Maßnahmen C	5.796.600	0	-	532.944	0	5.300.000			
		Summe Maßnahmen	9.177.380	3.380.780	75,4%	1.011.052	1.320.242	1.098.000	48.813	57.157	128.460
		Differenz zu Eckwertvorgaben	-3.330.380	-1.104.220		-948.348	-521.058	176.100	-873.087	-264.743	128.460
		Zielerreichungsgrad im HH-Jahr 4)				51,6%	71,7%	119,1%	5,3%	17,8%	

1) Neue Maßnahme, soweit nicht im R. Berger-Gutachten aufgeführt
2) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme
3) die im HH-Jahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben werden als "Verlustvortrag vollständig in das HH-Jahr 2003 übertragen
4) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die im jeweiligen HH-Jahr zu erbringende Einsparsumme der Maßnahmen (Eckwertvorgaben)

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Doege		Co-Reformer:		Herr Wätzel	
Reformbeauftragter:		Frau Gallien		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Helmenstein	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x							
Nr.	8.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
III/ 1	Fachkonzept FB 32						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x	x
<p>Die Verwaltung erarbeitet zurzeit ein Fachkonzept mit der Zielstellung, Personal einzusparen und die Einnahmen des FB Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit zu erhöhen. Nach den derzeitigen Planungen ist eine Organisationsuntersuchung in 2 Modulen (Ausbausritten) konzipiert.</p> <p>Im ersten Schritt wird aufbauend auf die bereits erhobenen Daten, eine Grundlagenuntersuchung im Fachbereich 32 durchgeführt, die sämtliche Aufgabenbereiche umfasst.</p> <p>Auf der Grundlage von Vergleichskennziffern werden eine Stellenbemessung durchgeführt sowie Optimierungspotentiale ausgewiesen.</p> <p>Diese Untersuchung umfasst auch eine kritische Bestandsaufnahme des gesamten Aufgabenspektrums (Aufgabenzweckkritik) und der vorhandenen Leistungsstandards.</p> <p>In der zweiten (Folge-)Untersuchung wird eine Feinjustierung im Aufgabenbereich des Stadtordnungsdienstes durchgeführt.</p> <p>Die in der ersten Untersuchung festgestellten Auswirkungen auf die Betreuung der Stadtteile (Überwachungsfrequenz u.a.) werden auf der Grundlage der ausgewiesenen Alternativen nach Absprache mit den formulierten Anforderungen der Politik an Sicherheitsstandards, Betreuungsaufwände u.a. auf detailliertem Niveau ausgewiesen.</p> <p>Ist im HHP-Entwurf 2003 noch nicht berücksichtigt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		400	400				800
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:		100	100				200
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben		100	100				200
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		500	500				1.000
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Doege		Co-Reformer:		Herr Wätzel	
Reformbeauftragter:		Frau Gallien		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Helmenstein	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x							
Nr.	8.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
III/ 2	Fachkonzept „Laternenfest“						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x	
<p>Durch die Verwaltung wurde Herr Michael Steffen von c/o Move Sportpromotion GmbH beauftragt, ein Gutachten bezüglich Einsparungen und Maßnahmen zur Gewinnoptimierung bei der Neuausrichtung des Laternenfestes Halle kurzfristig bis 23.12.2002 zu erstellen.</p> <p>Nach Festlegung der Art und Weise der Durchführung des Laternenfestes kann ein Konsolidierungsbeitrag erst 2004 wirksam werden.</p> <p>Ist im HHP-Entwurf 2003 noch nicht berücksichtigt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt) Angaben in Tausend Euro (T€)
--

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:			45,9				45,9
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen			45,9				45,9
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			45,9				45,9
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Doege		Co-Reformer:		Herr Wätzel	
Reformbeauftragter:		Frau Gallien		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Helmenstein	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x						
Nr.	8.3 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
III/ 3	Aufgabenkritische Betrachtungen						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x		x
<p>Reduzierung der Arbeitskräfte um 12 Stellen bei Beibehaltung der bestehenden Organisationsform. Die Reduzierung soll durch Altersteilzeit-, Abfindungs- und Rentenmodelle erzielt werden.</p> <p>Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 395 724 € erzielt.</p> <p>2002: 175 500 € 2003: 185 704 € - 111 884 € nicht haushaltswirksam - Umsetzung 4 Stellen i. ZGM 2004: 34 470 €</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	175,5	185,7	34,47				395,67
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	175,5	185,7	34,47				395,67
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

8.3.1.1 Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel				
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Balleyer				
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x						x

Nr. 8.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/4 Aufgabenkritische Betrachtungen

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)

AK	GPO	StR
x		x

Reduzierung der Arbeitskräfte um 2 Stellen bei Beibehaltung der bestehenden Organisationsform. Die Reduzierung soll durch Altersteilzeit-, Abfindungs- und Rentenmodelle erzielt werden.

Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 84 160 € erzielt.

2002: 58 674 €
2003: 25 486 €

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	--------------

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten	58,7	25,5					84,2
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	58,7	25,5					84,2
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Doege		Co-Reformer:		Herr Wätzel	
Reformbeauftragter:		Frau Gallien		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Balleyer	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x						
Nr.	8.5 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
III/5	Organisationsuntersuchung im Fachbereich Umwelt (31)						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)					x	x	x
<p>Als Ergebnis der Organisationsuntersuchung durch den Fachbereich 11, Ressort Organisation, wird ein Konsolidierungspotential von 362 876 € ausgewiesen. Dieser Bericht bildet die Grundlage für das Fachkonzept des Fachbereiches Umwelt.</p> <p>Ist im HHP-Entwurf 2003 noch nicht berücksichtigt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40		362					362

Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Gr.p.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		362					362
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Balleyer

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	

Nr. 8.6 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/6 Personalausgleich FB 31

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung

AK	GPO	StR
	x	

Durch den Ausgleich der Personalkosten im Team Abfall- und Abwasserentsorgung des FB 31 infolge der Zuführung eines prozentualen Anteils aus Einnahmen der Abwassergebühren (Abwasser-gebührensatzung) und der Gebühr für die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen (Grundstücksentwässerungssatzung) wird im Jahr 2003 ein Konsolidierungsbeitrag von 110 000 € erzielt.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	--------------

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:		110					110
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben		110					110
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		110					110
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Hans

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	

Nr. 8.7 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/7 Aufgabenkritische Betrachtungen

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)

AK	GPO	StR
x		

Reduzierung der Arbeitskräfte um 4 Stellen bei Beibehaltung der bestehenden Organisationsform. Die Reduzierung soll durch Altersteilzeit-, Abfindungs- und Rentenmodelle erzielt werden.

Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 186 260 € erzielt.

2002: 51 727 €
 2003: 28 533 €
 2005: 48 813 €
 2006: 57 157 €

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung	51,7	28,5		48,8	57,2		186,2

Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	51,7	28,5		48,8	57,2		186,2
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Verantwortung							
Beigeordneter:		Herr Doege		Co-Reformer:		Herr Wätzel	
Reformbeauftragter:		Frau Gallien		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Hans	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x							
Nr.	8.8 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
III/8	Erstellung eines Brandschutzbedarfsplanes						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x	x
<p>Die Stadt Halle (Saale) beabsichtigt, den durch das Gesetz über den Feuerschutz und Hilfeleistung (FSHG) vorgeschriebenen Brandschutzbedarfsplan zusammen mit einem Organisationsgutachten extern erstellen zu lassen. Gegenwärtig läuft das Ausschreibungsverfahren.</p> <p>Als Realisierungstermin wird das II. Quartal 2003 angesehen.</p> <p>Als mögliche Einsparungen werden 500 000 € durch Einsparung von Personal geschätzt.</p> <p>Ist im HHP-Entwurf 2003 noch nicht berücksichtigt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten			250	250			500
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			250	250			500
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten		100					100
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Hans

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x						

Nr. 8.9 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/9 Besetzung eines RTW mit vorhandenem Personal zur Abdeckung von Einsatzspitzen verbunden mit entsprechenden Einnahmen im VWH 1300

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)	AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)		x	

Um die vorgeschriebene Hilfsfrist im Rettungsdienst einhalten zu können, wird zur Abdeckung von Spitzenzeiten ein RTW mit vorhandenen Beamten der Berufsfeuerwehr eingesetzt.

Es können damit Einnahmen von ca. 168.000 € bei Begrenzung von max. 88 Einsätzen pro Jahr erzielt werden, ohne dass zusätzliche Vorhaltekosten entstehen.

Die Maßnahme ist nicht 2003 realisierbar, da sich gegenwärtig das Neugenehmigungsverfahren Rettungsdienst in der Vergleichsphase befindet.

Zeitpunkt der Realisierung: I/2004

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	--------------

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:			168				168
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben			168				168
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			168				168
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Hans

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	

Nr. 8.10 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/10 Übernahme von Mehrleistungen durch die Berufsfeuerwehr im Rettungsdienst

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)

AK	GPO	StR
	x	

Durch ein verändertes Leistungsspektrum mit einem veränderten Personalbedarf von 13,2 auf 17,2 Stellen im Fahrdienstbereich des Rettungsdienstes werden Mehreinnahmen infolge der Refinanzierung von Personalkosten in der Berufsfeuerwehr über innere Verrechnung erzielt.

Maßnahme ist im Jahr 2003 nicht realisierbar, da sich das Neugenehmigungsverfahren Rettungsdienst gegenwärtig in der Vergleichsphase befindet.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40							

Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:			68,1				68,1
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben			68,1				68,1
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			68,1				68,1
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Lachky

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x						x

Nr. 8.11 Kurzbezeichnung der Maßnahme

III/11 Aufgabenkritische Betrachtungen

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)

AK	GPO	StR
x		

Reduzierung der Arbeitskräfte um 1 Stelle bei Beibehaltung der bestehenden Organisationsform.

Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 52 210 € erzielt.

2002: 39 157 €
2003: 13 052 €

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40	39,2	13,0					52,2

Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	39,2	13,0					52,2
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich III Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Verantwortung

Beigeordneter:	Herr Doege	Co-Reformer:	Herr Wätzel
Reformbeauftragter:	Frau Gallien	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Lachky

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	

Nr.	8.12 Kurzbezeichnung der Maßnahme
III/12	Prüfung des Stellenbedarfs des Aufgabenbereiches Zulassung und Anpassung an die Bemessungswerte

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung) Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)	AK	GPO	StR
		x	x

Die Überprüfung des Stellenbedarfs ergab eine Reduzierung von 24 auf 16 Vollzeitstellen. Dabei ist man von einer KGSt-Untersuchung von 1995 „Stellenvergleich im Ordnungsamt“ ausgegangen, in der als Kennzahl 3.610 Zulassungsvorgänge je Sachbearbeiter für die neuen Bundesländer herausgearbeitet wurde.

Mit Bildung des Personalpools können diese Stellen überführt werden:
 2003 3 Stellen
 2004 1 Stelle
 2007 4 Stellen

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt) Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		94,6	31,5			128,5	254,6
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		94,6	31,5			128,5	254,6
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

9 Geschäftsbereich IV

Kultur, Bildung und Sport

GB IV: Umsetzungsplanung 2002 - 2007											
Konsolidierungsbeiträge des Geschäftsbereichs über die einzelnen Konsolidierungsfelder											
Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte	Neue Maßnahme ¹⁾	Gesamt	davon konzeptionell unterlegt	ZEG Gesamt ²⁾	Umsetzung konzeptionell unteretzter Maßnahmen in						
					2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Eckwertvorgaben		15.658.000 €	13.152.000 €		2.987.733 €	4.535.725 €	4.872.567 €	2.197.567 €	1.127.567 €	0 €	
Maßnahmen		in €	in €	in %	in €						
					davon Verlustvortrag aus 2002 ³⁾						
II A Kultur											
IV 1		Umstrukturierung im Musikbereich		7.000.000		0,0%					
IV 2		Umstrukturierung im Theaterbereich		1.000.000		0,0%					
IV 3		Senkung Zuschuss für Konservatorium		1.100.000	280.600	25,5%		280.600			
IV 4		Zweigstellenkonzept u. Einführ. Nutzungsentgelt Stadtbibliothek		516.280	366.280	70,9%		292.600	24.000	49.680	
IV 5		Zusammenführung Stadtmuseum und techn. Halloren- und Salinemuseum		197.000	197.000	100,0%		197.000			
IV 6	x	Zuschussenkung Bereich Kultur		1.000.000	733.400	73,3%		733.400			
IV 7	x	Zuschussreduzierung Stadsingechor		131.800							
IV 8		Schließung Kabarett		13.575	13.575	100,0%		13.575			
IV A Schule											
IV 9		durch Veränderungen 2002 reduzierter Bedarf für Schulen		400.000	400.000	100,0%		400.000			
IV 10		Überarbeitung Schulentwicklungsplanung		2.000.000		0,0%		45.200	33.800		
IV 11		Schülerbeförderung Satzungsänderung		90.000	90.000	100,0%		20.000	20.000	25.000	25.000
IV 12		Volkshochschule: Reduzierung Mietkosten		83.800	71.000			48.000	28.900	6.900	
IV 13		VHS: Zuschussminderung/Erhöhung Entgelte VHS		75.000	75.000	100,0%		75.000			
IV 14		Zuschussminderung /Einsparungen Personalkosten VHS		18.800	18.800	100,0%		18.800			
IV 15	X	Senkung Zuschuss Parkeisenbahn		13.000	13.000	100,0%		13.000			
IV A Sport											
IV 16		Sport- und Bäderleitplanung		1.500.000							
IV		Summe Maßnahmen A		15.139.255	2.258.655		413.575	1.723.600	106.700	81.580	25.000
IV B Querschnittsthemen: B4											
IV 17		Orga-Untersuchungen in allen Ämtern und GB'en		2.452.000	5.000			5.000			
IV		Summe Maßnahmen B		2.452.000	5.000	0,2%	5.000				
IV C Nicht strukturell wirkende Maßnahmen											
IV 18		Sonderurlaub				-					0
IV 19		Haushaltssperre		759.100	759.100	-	759.100				
IV		Summe Maßnahmen C		759.100	759.100	-	759.100				
		Summe Maßnahmen		18.350.355	3.022.755	23,0%	1.177.675	1.723.600	106.700	81.580	25.000
		Differenz zu Eckwertvorgaben		2.692.355	-12.635.245		-1.810.058	-2.812.125	-4.765.867	-2.115.987	-1.102.567
		Zielerreichungsgrad im HH-Jahr ⁴⁾					39,4%	38,0%	2,2%	3,7%	2,2%

1) Neue Maßnahme, soweit nicht im R. Berger-Gutachten aufgeführt

2) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme

3) die im HH-Jahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben werden als "Verlustvortrag" vollständig in das HH-Jahr 2003 übertragen

4) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die im jeweiligen HH zu erbringende Einsparsumme der Maßnahmen (Eckwertvorgabe)

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung Herr Dr. Marquardt							
Beigeordneter:		Herr Dr. Marquardt		Co-Reformer:		Frau Pinzler	
Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X							
Nr.	9.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
IV/1	Umstrukturierung im Musikbereich						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X	
<p>1. Reduzierung des Zuschusses der Stadt Halle</p> <p>2. Zusammenführung der Verwaltungen beider Orchester als erster Schritt ⇒ Vorlage eines Konzeptes bis 01/03 mit dem Ziel, die Verwaltungen bis 08/03 zusammen zu führen</p> <p>3. Prüfung der Veränderung der Rechtsform der Orchester</p> <p>Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern vom Land, der Stadt Halle bzw. den städtischen Kultureinrichtungen (Musikbereich) gebildet.</p> <p>Zielsetzung ist hier eine Einsparung von 7,0 Mio. €.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung							

Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung

Herr Dr. Marquardt

Beigeordneter:		Herr Dr. Marquardt		Co-Reformer:		Frau Pinzler		
Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:				
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X								
Nr.	9.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/2	Umstrukturierung im Theaterbereich (ggf. neue Betriebsformen)							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung							X	
<p>Zusammenarbeit/Zusammenführung der Sprechtheater</p> <p>Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern vom Land, der Stadt Halle bzw. den städtischen Kultureinrichtungen (Theaterbereich) gebildet.</p> <p>Zielsetzung ist hier eine Einsparung von 1,0 Mio. €.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung Herr Dr. Marquardt

Beigeordneter:

Herr Dr. Marquardt

Co-Reformer:

Frau Pinzler

Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X							
Nr.	9.3 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
IV/3	Senkung Zuschuss für Konservatorium						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)					X		
<p>Es wird ein Konzept erarbeitet, das eine Einsparung von mindestens 298.000 € vorsieht.</p> <p>Das Fachkonzept umfasst auch die Prüfung, ob:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Zusammenschluss der Musikschulen der Stadt Halle und des Saalkreises möglich und zweckmäßig ist - der Zuschuss der Stadt für Musikschüler aus anderen Kreisen verändert wird <ul style="list-style-type: none"> a) Zuschuss der jeweiligen Gemeinde b) Beteiligung der Eltern - die Gründung eines gemeinnützigen Vereins zweckmäßig ist. <p>Hier ist das entsprechende Konsolidierungspotential noch nicht ausgeschöpft, die weitere Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten wird durchgeführt.</p> <p>Nicht im HHP-Entwurf 2003 berücksichtigt, fehlender SR-Beschluss.</p>							
Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:		280,6					280,6
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		280,6					280,6
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung Herr Dr. Marquardt

Beigeordneter:

Herr Dr. Marquardt

Co-Reformer:

Frau Pinzler

Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X							
Nr.	9.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
IV/4	Zweigstellenkonzept und Nutzungsgebühr Stadtbibliothek						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)							X
<p>Es wird ein Bibliothekskonzept erarbeitet, Ziel ist die Veränderung der Zweigstellenstruktur. Des weiteren wird die Einführung einer Nutzungsgebühr unter Beachtung sozialer Komponenten geprüft. Bei dem ausgewiesenen Konsolidierungsbeitrag handelt es sich um einen ersten groben Ansatz.</p> <p>Nicht im HHP-Entwurf 2003 berücksichtigt, fehlender SR-Beschluss.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		252,4		30,08			282,48
2. Reduzierung Sachkosten davon:							

2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		40,2	24,0	19,6			83,8
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		292,6	24,0	49,6			366,28
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung Herr Dr. Marquardt

Beigeordneter:

Herr Dr. Marquardt

Co-Reformer:

Frau Pinzler

Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X					X		
Nr.	9.5 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
IV/5	Zusammenführung Stadtmuseum und techn. Halloren- und Salinenmuseum						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)							X
<p>1. Zusammenschluss beider Museen unter Beachtung des jeweiligen Profils 2. Personalreduzierung um</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2 Museologenstellen • 1 Museumstechniker • 2 Hausmeisterstellen • 6 Stellen <p>Museumsaufsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1 Stelle Verwaltung (30 Stunden) <p>⇒ Einsparung von ca. 327,0 T€, davon sollen dem Museum 40,0 T€ zur Vorbereitung des Stadtjubiläums und 90.0 T€ zur Einstellung von Honorarkräften verbleiben</p> <p>9.5.1 Stadtratsbeschluss III 2002/02457</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		197,0					197,0

2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		197,0					197,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport

Verantwortung Herr Dr. Marquardt								
Beigeordneter:		Herr Dr. Marquardt		Co-Reformer:		Frau Pinzler		
Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:				
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X							
Nr.	9.6 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/6	Zuschussreduzierung Kultur							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung								X

Durch die unten angegebenen Kultureinrichtungen sind für das Haushaltsjahr 2003 folgende Einsparungen in Höhe von 733.400 € in Personalkosten, Sachkosten und durch Veränderungen der Zuschüsse an Dritte zur Haushaltskonsolidierung beizutragen:

9.6.1.1 Unterabschnitt gesamt	Honorare/PK	SK	Zuschüsse
3000 allg. Kulturverwaltg. 20.000	13.000		7.000
3210 Stadtarchiv 4.000			4.000
3300 Theater u. Konzerte 10.000	10.000		
3311 Neues Theater 365.000	365.000		
3312 Thalia Theater 127.000	127.000		
3313 Puppentheater 30.000			30.000
3319 Konzerth.Ulrichskirche 53.200	53.200		
3400 sonst. Kunstpflege 10.600	8.000 36.800	18.200	
3420 soziokult. Zentren 30.000	30.000		
3600 Heimatpflege 41.400	53.400		12.000
7671 Pass.Schlöß./Kulturtreff 4.000	3.000	1.000	
Gesamt 733.400			

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		77,2					77,2
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		72,2					72,2
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd.							

Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen		492,0					492,0
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche		92,0					92,0
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		733,4					733,4
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport							
Verantwortung Herr Dr. Marquardt							
Beigeordneter:		Herr Dr. Marquardt		Co-Reformer:		Frau Pinzler	
Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beige- ordneten- konferenz	in Ausschuss- beratung	SR- Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abge- schlossen

		x						
Nr.	9.7 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/7	Zuschussreduzierung Stadtsingechor							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X	X	
<p>Der Zuschuss wird um 30 % gekürzt. Ein Konzept wird zz. erarbeitet. Die Zuschussreduzierung beträgt voraussichtlich ca. 131,800 €. Von einer Ausweisung dieses Konsolidierungsbeitrages wurde bisher abgesehen, da noch nicht spezifiziert werden kann, ob es sich dabei um Personal- oder Sachkosten handelt.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							

2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport							
Verantwortung Herr Dr. Marquardt							
Beigeordneter:		Herr Dr. Marquardt		Co-Reformer:		Frau Pinzler	
Reformbeauftragter:		Frau Hertwig		Verantwortlich für Fachkonzept:			
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beige- ordneten- konferenz	in Ausschuss- beratung	SR- Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abge- schlossen

x											
Nr.	9.8 Kurzbezeichnung der Maßnahme										
IV/1 0	Schulentwicklungsplanung										
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO				
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						x					
<p>Es wird ein Fachkonzept erarbeitet mit der Zielstellung, durch eine Verdichtung von Schulstandorten eine optimale Gebäudeauslastung zu erreichen. Diese Fachplanung basiert notwendigerweise auf der vorgelagerten Schulentwicklungsplanung. Diese ist zz. noch nicht abschließend durchzuführen, da hinsichtlich der Förderstufe Änderungen seitens des Landesgesetzgebers geplant sind.</p> <p>Unter dem Vorbehalt einer abschließenden Planung der zukünftigen Schulstandorte wird derzeit von einem Konsolidierungspotential von 2 Mio. € ausgegangen, das im Haushaltssicherungskonzept in dieser Höhe ausgewiesen ist.</p> <p>Zusätzliche Einsparungen sollen durch Reduzierung der Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten erzielt werden. Hier sind bis 2006 Einsparungen in Höhe von ca. 0,5 Mio. € zu erwarten.</p> <p>Diese Einsparvorgaben sind durch die derzeit laufenden Fachkonzepte zu validieren.</p> <p>Durch den FB 40 wird bis 06/03 ein Fachkonzept erarbeitet.</p> <p>Das Fachkonzept zur Schulentwicklungsplanung 2003 sieht folgende Einsparungen vor :</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">2003</td> <td>45.200</td> </tr> <tr> <td>2004</td> <td>33.800</td> </tr> </table> <p>Ein Beschluss hierzu ist noch nicht gefasst.</p>								2003	45.200	2004	33.800
2003	45.200										
2004	33.800										

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		45,2	33,8				79,0
2.2 Grp. Nr. 71							

Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		45,2	33,8				79,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung Herr Dr. Marquardt			
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X							
Nr.	9.9 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/1 1	Schülerbeförderung							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x		
Veränderungen durch demographischen Schülerrückgang								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:		20,0	20,0	25,0	25,0		90,0
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							

2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		20,0	20,0	25,0	25,0		90,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung Herr Dr. Marquardt			
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X								
Nr.	9.10 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/1 2	Reduzierung Mietkosten VHS							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X		
Kündigung des Mietvertrages und Unterbringung in stadteigenem Gebäude								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		48,0	28,9	6,9			83,8
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige							

Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10, 11, 12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		48,0	28,9	6,9			83,8
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung Herr Dr. Marquardt			
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X					X		

Nr. 9.11 Kurzbezeichnung der Maßnahme

IV/1 Erhöhung Entgelte VHS
3

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung

AK	GPO	StR
X		

Erhöhung der Gebühren der VHS lt. vorliegendem Fachkonzept.

9.11.1 Stadtratsbeschluss III/2002/02532

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71							

Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10, 11, 12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben		75,0					75,0
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		75,0					75,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung		Herr Dr. Marquardt	
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	
Beteiligung städt. Gremien	Erfüllungsstand		

erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X							
Nr.	9.12 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/1 4	Einsparung PK VHS							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						X		
<p>Im Stellenplan der Volkshochschule sind 4,5 VZS Bereichsleiter und Weiterbildungslehrer ausgewiesen.</p> <p>Durch das Land werden aber nur 4,0 VZS gefördert (pauschal bis zu 75%). Im Sinne der Haushaltskonsolidierung wird die Stelle 407.0501.002 Weiterbildungslehrer Töpfern mit einem kw-Vermerk versehen. Bei Freiwerden dieser Stelle wird die Stelle 407.0301.002 auf 40 Wochenstunden erhöht, um die Landesförderung voll in Anspruch nehmen zu können und weiterhin den großen Bedarf an Fremdsprachenunterricht für die Bevölkerung zu befriedigen.</p> <p>Bei dieser Maßnahme ergibt sich eine Personalkosteneinsparung für 20 Wochenstunden.</p> <p>Bei der Betrachtung der Volkshochschule sind noch weitere Möglichkeiten der Einsparung zu prüfen :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusammenschluss der VHS Halle mit der VHS Saalkreis und Beteiligung des Saalkreises am Zuschuss einer gemeinsamen VHS - kostendeckende Gebühren für Teilnehmer, die nicht Einwohner der Stadt Halle sind <p>GB IV plant, für die VHS ein dezidiertes Fachkonzept zu erstellen.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		18,8					18,8
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und							

Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsyblLG							
Summe (1 - 4)		18,8					18,8
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung Herr Dr. Marquardt			
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X					X			
Nr.	9.13 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/1 5	Fahrpreiserhöhung Parkeisenbahn							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)								X
Erhöhung der Fahrpreise ab 2003								
9.13.1 Stadtratsbeschluss III/2002/02534								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							

2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben		13,0					13,0
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		13,0					13,0
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich IV Kultur, Bildung und Sport			
Verantwortung		Herr Dr. Marquardt	
Beigeordneter:	Herr Dr. Marquardt	Co-Reformer:	Frau Pinzler
Reformbeauftragter:	Frau Hertwig	Verantwortlich für Fachkonzept:	

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X								
Nr.	9.14 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
IV/1 6	Sport- und Bäderleitplanung							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x		
<p>Die im HHJ 2002 ausgewiesenen Maßnahmen Nr.15 „Schließung Bäder“, Nr. 16 „Auslagerung der Bäder“ und Nr. 17 „Verlagerung von Aufgaben an Dritte“ werden nunmehr in o.g. Maßnahme zusammengefasst.</p> <p>Entsprechend der Beratung des SR werden folgende Maßnahmen ergriffen:</p> <p><u>Bereich Bäder</u> Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet, welches Einsparungen vorsieht. Dies umfasst auch die Prüfung von Auslagerungsoptionen.</p> <p><u>Bereich Sport</u> Aufbauend auf die vorhandene Sportstättenleitplanung aus dem Jahr 1997 erfolgt eine Fortschreibung dieser Planung unter dem Aspekt der Haushaltskonsolidierung. Diese berücksichtigt insbesondere die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen in Hinsicht auf die gesunkene Einwohnerzahl der Stadt sowie die jeweiligen Investitionsbedarfe der vorhandenen Einrichtungen. Der FB 40 erarbeitet bis April 2003 eine entsprechende Sportstätten- und Bäderkonzeption. Die ausgewiesene Vorgabe des Konsolidierungsbeitrages von 1,5 Mio. € ergibt sich aus den Ausweisungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, ohne die anteiligen Bewirtschaftungskosten, die ggf. dem KB des ZGM zugeschlagen werden müssen. Die Zahlen sind in dem zu erstellenden FK zu validieren.</p>								

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und							

Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

10 Geschäftsbereich V

Soziales, Jugend und Gesundheit

GB V: Umsetzungsplanung 2002 - 2007										
Konsolidierungsbeiträge des Geschäftsbereichs über die einzelnen Konsolidierungsfelder										
Konsolidierungsbeiträge / Eckwerte	Neue Maßnahme ¹⁾	Gesamt	davon konzeptionell unterlegt	ZEG Gesamt ²⁾	Umsetzung konzeptionell untergesetzter Maßnahmen in					
					2002	2003	2004	2005	2006	2007
Eckwertvorgaben		22.631.000 €	19.833.000 €		5.385.267 €	5.680.450 €	4.411.683 €	4.411.683 €	3.661.683 €	0 €
				davon Verlustvortrag aus 2002 ³⁾	919.767 €					
Maßnahmen		in €	in €	in %	in €					
II A Soziales - Einfrieren des Budgets										
V 1		Intensivierung kommunaler Beschäftigungsaktivitäten	2.000.000	2.000.000	100,0%		1.000.000	1.000.000		
V 2		Umstrukturierung des Sozialamtes	1.050.000	1.050.000	100,0%	50.000	500.000	500.000		
V 3		Änderung Halle- Pass	170.000	170.000	100,0%	17.000	153.000			
V 4		Krankenhilfe/privater Dienstleister	801.120	801.120	100,0%		326.120	200.000	200.000	
V 5		Aufgabenkritik Gesundheitsamt	700.000	700.000	100,0%		184.660	515.340		
V 6		Flexibilisierung/Evaluierung /Controlling HzE	1.960.300	1.960.300	100,0%	250.000	500.000	800.400	409.900	
V 7		Sozialraumorientierte Planung	100.000		0,0%					
V 8		Fortschreibung Jugendhilfeplanung	189.700	189.700	100,0%	9.200	120.300	60.200		
V 9		Bedarfs- und Entwicklungsplanung KiTA	700.000		0,0%					
V 10		KiTa-Betrieb in andere Rechtsform	1.000.000	1.000.000	100,0%			400.000	600.000	
V	A	Weitere Einsparpotenziale								
V 11		Sozialhilfekostenerstattung/Saalkreis	700.000	700.000	100,0%	350.000	350.000			
V 12		KiTa-Gebührenerhöhung	2.350.300	2.000.000	85,1%	350.300	929.700	720.000		
V 13		Erhöhung Landespauschale KiTa (einmalig)	566.000	566.000	100,0%	566.000				
V 14	x	Aufgabenübertragung Seniorenberatungsstelle	107.850	107.850	100,0%		97.810	10.040		
		Summe Maßnahmen A	12.395.270	11.244.970	90,7%	1.592.500	4.161.590	4.205.980	1.209.900	
V	B	Querschnittsthemen: B4: Übergreif. aufgabenkr. Reformprogr.								
V 15		Orga-Untersuchungen in allen Ämtern und GB'en	2.738.000		0,0%					
V		Summe Maßnahmen B	2.738.000		0,0%					
V	C	Nicht strukturell wirkende Maßnahmen								
V 16		Sonderurlaub			-					
V 17		Haushaltssperre	392.000		-	392.000				
V 18	x	Sondertilgung Darlehen	100.000		-	100.000				
V 19	x	Zuschussreduzierung "Alten und behindertengerechtes Wohnen"	3.642.300		-		1.834.800	1.807.500		
V		Summe Maßnahmen C	4.134.300	0	-	492.000	1.834.800	1.807.500		0
		Summe Maßnahmen	19.267.570	11.244.970	56,7%	2.084.500	4.161.590	4.205.980	1.209.900	
		Differenz zu Eckwertvorgaben	-3.363.430	-8.588.030		-3.300.767	-1.518.860	-205.703	-3.201.783	
		Zielerreichungsgrad im HH-Jahr⁴⁾				38,7%	73,3%	95,3%	27,4%	0,0%

1) Neue Maßnahme, soweit nicht im R.Berger-Gutachten aufgeführt
2) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die bis 2007 insgesamt zu erbringende Einsparsumme der Maßnahme
3) die im HH-Jahr 2002 nicht erbrachten strukturell wirkenden Konsolidierungsvorgaben werden als "Verlustvortrag" vollständig in das HH-Jahr 2003 übertragen
4) Zielerreichungsgrad: Konzeptionell unterlegte Einsparungen (IST-Wert) bezogen auf die im jeweiligen HH-Jahr zu erbringende Einsparsumme der Maßnahmen (Eckwertvorgabe)

Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Schneller	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x					x	x	
Nr.	10.1 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/1	Intensivierung kommunaler Beschäftigungsaktivitäten						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x		
<p>Ziel dieser Maßnahme ist es, ca. 300 Sozialhilfeempfänger im Jahr 2003 und 240 Sozialhilfeempfänger im Jahr 2004 zusätzlich zu bestehenden Arbeitsprojekten über jeweils einen mindestens 12-monatigen Arbeitsvertrag aus der Sozialhilfe herauszulösen.</p> <p>Zumindest in der Zeit der arbeitsvertraglichen Bindung entfällt die Zahlung der Sozialhilfe. Die theoretische Einsparung von 1.800.000 € (300 SE x 12 Monate x 500 €) ist im Haushaltsansatz mit einer Reduzierung auf 1.000.000 € fixiert, bedingt durch unterschiedlichen Maßnahmebeginn.</p> <p>Die Chance nach Beendigung dieses Arbeitsverhältnisses auf Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt ist wesentlich höher als direkt aus der Sozialhilfe. Zusätzlich wird durch diese Maßnahme der Eintritt in eine gesetzliche Krankenversicherung garantiert.</p> <p>Der Wiedereintritt in die Sozialhilfe nach Abschluss der Maßnahme liegt bei bisherigen Erfahrungen bei ca. 20 %, so dass ca. 80 % auch nach der Maßnahme unabhängig von Sozialhilfe leben.</p> <p>Schwerpunkt der Beschäftigungsförderung sind in diesem Konzept jugendliche Sozialhilfeempfänger.</p> <p>Der ursprüngliche Zeitablauf der Konzeptumsetzung ab 1. September 2002 muss zeitlich verschoben werden, da für die personelle Eignung der Sozialhilfeempfänger zur Gewährung der Co-Finanzierung des Arbeitsamtes ein sog. Profiling zu absolvieren ist.</p> <p>In Hinblick auf die bundesweit vorgesehenen Beschäftigungsaktivitäten gemäß der Hartz- Empfehlungen ist von einem Rückgang der Anzahl der Sozialhilfeempfänger auszugehen.</p> <p>Die Gesamtmaßnahme stellt eine Erweiterung zu den laufenden Beschäftigungsmaßnahmen beim Eigenbetrieb für Arbeit dar, die im Wirtschaftsplan 2003 im Jahresdurchschnitt 240 Sozialhilfeempfänger mit Co-Finanzierung EU und weitere 84 ABM-Kräfte durch Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen		1.000	1.000				2.000
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		1.000	1.000				2.000
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Schneller	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	x
Nr.	10.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/2	Umstrukturierung des Sozialamtes/ Fachbereich Soziales						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x	x	
<p>Im September 2001 wurde der Beschluss zur Umstrukturierung der Verfahrensabläufe innerhalb des damaligen Sozialamtes gefasst. Ziel war und ist es, neben der Gewährung von Leistungen der Sozialhilfe in wesentlich verstärktem Maße den Einzelfall mit seinem sozialen Umfeld zu betrachten und das Potenzial der Selbsthilfe bei den Sozialhilfeempfängern zu entfalten.</p> <p>Die Umstrukturierung des Sozialamtes beinhaltet vor allem die Installation der Erst- und Ausstiegsberatung von Sozialhilfeempfängern durch besonders erfahrene Sozialhilfesachbearbeiter, herausgelöst aus der laufenden Sozialhilfesachbearbeitung. Die Erstberatung beinhaltet neben der Anspruchsprüfung insbesondere die Hilfe und Unterstützung zur Sicherung von Leistungsansprüchen bei anderen Leistungsträgern, wie Arbeitsamt, Krankenkassen etc. bis hin zur Vermittlungsunterstützung in Arbeit. Die Ausstiegsberatung bezieht sich auf Ursachenermittlung des mittleren oder langzeitigen Verbleibs in der Sozialhilfe und Abbau derselben.</p> <p>Diese strukturelle Veränderung im Fachbereich Soziales sichert seit Anfang 2002, dass die absolute Zahl der im Sozialhilfebezug stehenden Personen trotz Neuzugängen nicht weiter angestiegen ist und die Sozialhilfeausgaben reduziert wurden sowie weitere Reduzierungen in den nächsten Jahren erreicht werden können. Die aufgrund der Erfahrungen anderer Kommunen hochgerechneten Einsparungen bestätigen sich durch die monatlich beratenen Personen, die keine „Zahlfälle“ werden. Das betrifft im Jahresdurchschnitt 170 Personen (170 x 12 Monate x 500 €).</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung							

Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1. Grp. Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen	50	500	500				1050
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	50	500	500				1050
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Schneller	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x					x		x
Nr.	10.3 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/3	Änderung Halle- Pass						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)							x
<p>Durch die Stadt Halle (Saale) wurde mit dem Halle-Pass über viele Jahre ein ergänzendes Leistungspaket, wie anteilige Kostenübernahme von Fahrausweisen der HAVAG, Essengeld für Kinder usw. für Einwohner der Stadt mit geringem Einkommen übernommen.</p> <p>Dieses Leistungspaket wurde mit Stadtratsbeschluss sehr stark reduziert.</p> <p>Der ausgewiesenen Konsolidierungsbetrag weist nur noch die Wirksamkeit 2002/2003 aus. Der wesentliche Reduzierungsbetrag war bereits im HH-Ansatz 2002 berücksichtigt.</p> <p>Insgesamt werden gegenüber der Jahresrechnung 2001 jährlich 530.000 € weniger verausgabt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40							

Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen	17	153					170
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	17	153					170
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit

Verantwortung

Beigeordneter:	Frau Szabados	Co-Reformer:	Frau Schmidt
Reformbeauftragter:	Frau Götschel	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Schneller

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x					Vergabeausschuss liegt vor	x	

Nr.	10.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme
V/4	Fachkonzept Krankenhilfe - privater Dienstleister

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)	AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung	x	x	

Durch den Fachbereich Soziales wird Leistungsempfängern, sofern sie keine Krankenversicherung haben, Krankenhilfe nach § 37ff Bundessozialhilfegesetz analog des Leistungspaketes der AOK, nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz in eingeschränkter Form, gewährt.

Das Abrechnungswesen für die ambulanten Kranken- und Zahnbehandlungen, einschließlich der nicht gesondert zu bewilligenden Folgeleistungen (Rezepte usw.), ist ab 1. Januar 2003 an einen privaten Dienstleister mit einer Honorarforderung von ca. 2 % der Umsatzsumme übergeben. Die Mehrausgaben gegenüber dem bisherigen Abrechnungssystem werden ca. 10.000 € betragen, was jedoch aus dem erweiterten Leistungsumfang resultiert.

Der Vergabeausschuss als Entscheidungsgremium hat nach erfolgtem Ausschreibungsverfahren dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt.

Der Leistungsumfang gegenüber der bisherigen Abrechnungspraxis ist um die Zahnbehandlungen und Folgeleistungen erweitert worden, was bisher durch 4 Mitarbeiter beim örtlichen Träger der Sozialhilfe eigenständig realisiert wird. Eine entsprechende Personalreduzierung im Fachbereich Soziales wird erfolgen.

Der Einspareffekt liegt vordergründig in der fachlich tiefgründigeren Prüfung des berechtigt erbrachten Leistungsumfanges der Ärzte, Zahnärzte und Apotheken mit Zurückweisungen von Abrechnungen.

Parallel beinhaltet das Fachkonzept verstärkte Vorprüfverfahren durch den Amtsarzt vor Leistungsbewilligung (bereits mit Einspareffekten in 2002 mit 75.000 €) sowie intensive Bemühungen zum Erhalt von Krankenversicherungen bei Neuantragstellern in der Sozialhilfe.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		126,1 2					126,12
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen	75	200	200	200			675
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	75	326,1 2	200	200			801,12
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten		10	10	10			30
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Dr. Wilhelms	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	
Nr.	10.5 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/5	Fachkonzept Aufgabenkritik Fachbereich Gesundheit/Veterinär						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x	x	x
<p>Durch den Fachbereich Gesundheit/Veterinärwesen sind grundsätzlich Pflichtaufgaben zu erfüllen, deren Umfang jedoch Ermessensspielräume hat.</p> <p>Durch Leistungsreduzierung und Leistungsbündelung ressortübergreifender Aufgaben, durch Verwaltungsoptimierung sowie Aufgabenübertragung an niedergelassene Ärzte und Zahnärzte ist ein Personalabbau gegenüber Anfang 2002 von 17,14 Vollzeitstellen möglich.</p> <p>Parallel zur Erarbeitung des Konzeptes konnte bereits in 2002 ein Personalabbau durch Nicht-/ Umbesetzung freier Stellen erreicht werden, dessen Konsolidierungswirkung jedoch erst in 2003 eintritt.</p> <p>Die weitere Überprüfung der Standards ist Bestandteil des Fachkonzeptes, so dass die Fortschreibung im Jahr 2003 erfolgt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40		185	515				700

Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		185	515				700
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit

Verantwortung

Beigeordneter:	Frau Szabados	Co-Reformer:	Frau Schmidt
Reformbeauftragter:	Frau Götschel	Verantwortlich für Fachkonzept:	Frau Heder

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
x					x	x	

Nr. 10.6 Kurzbezeichnung der Maßnahme

V/6 Flexibilisierung/Controlling Hilfen zur Erziehung

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)

Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung

AK	GPO	StR
x	x	

Durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familien werden gemäß KJHG Hilfen gewährt, die vorrangig durch freie Träger der Jugendhilfe am Einzelfall erbracht werden.

Das Fachkonzept Hilfen zur Erziehung beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Jahre 2002 bis 2005 zur bedarfsgerechten und effektiven Gewährung der Hilfen zur Erziehung sowie den Aufbau eines verbesserten DV-gestützten Fachcontrolling.

Bei den Hilfen sind neben der verstärkten Krisenintervention die Schwerpunkte gelegt auf

- die Flexibilisierung der Hilfen
- Gewinnung von Pflegefamilien
- Erweiterung der Bereitschaftspflege
- Reduzierung der stationären Hilfen durch bedarfsgerechte und effektive Anwendung von ambulanten Hilfen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Fachkonzeptes wurden bereits Maßnahmen realisiert, die eine Zuschussreduzierung um 250.000 € bereits 2002 ermöglichten.

Der Nachweis der finanziellen Auswirkungen der Einzelmaßnahmen ist in dem Fachkonzept detailliert dargestellt.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen	250	500	800,4	409,9			1.960,3
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	250	500	800,4	409,9			1.960,3
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf		102,6					102,6
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit

Verantwortung

Beigeordneter:	Frau Szabados	Co-Reformer:	Frau Schmidt
Reformbeauftragter:	Frau Götschel	Verantwortlich für Fachkonzept:	Herr Rochau

Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	X						

Nr.	10.7 Kurzbezeichnung der Maßnahme
V/7	Sozialraumorientierte Planung - Bedarfsanpassung der sozialen Infrastruktur (z.B. Jugendfreizeiteinrichtungen, Beratungsstellen)

Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)	AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)	X	X	

Unter Beachtung der Bevölkerungsentwicklung unserer Stadt werden derzeit umfassende Untersuchungen der Bedarfe in den einzelnen Sozialräumen und geschäftsbereichsübergreifend in den Stadtteilen durchgeführt.

Ein fertiges Konzept liegt noch nicht vor, ist jedoch bis zum III. Quartal 2003 zu erstellen.

Laut Roland-Berger-Gutachten sind durch diese Maßnahme ca. 100.000 € konsolidierend zu erbringen, was nach derzeitigem Vorbereitungsstand als realisierbar anzusehen ist.

Die grundsätzliche Aussage der verwaltungsinternen Beschlussfassung beinhaltet jedoch, dass konkrete Umsetzungsschritte dieses Konzeptes der Gremienbeteiligung unterliegen.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	--------------

1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Schöps	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
X					X	x	
Nr.	10.8 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/8	Fortanschreibung Jugendhilfeplanung						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x		
<p>Jugendhilfeplanung - das Instrument, um den jungen Menschen unserer Stadt die erforderlichen Angebote der Jugendarbeit spezifisch nach den Bedarfen in den Sozialräumen anbieten zu können.</p> <p>Inhalt dieses Konzeptes ist es, für die Jugendhilfestruktur der Stadt Halle (Saale) sozialraumbezogen die notwendigen Bedarfe abzudecken mit dem Ziel der Stärkung der Selbsthilfepotentiale, förderliche Rahmenbedingungen für Erziehung und Bildung zu gewährleisten und bei Interventionen Hilfebedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien noch stärker ganzheitlich betrachten zu können.</p> <p>Die Schwerpunkte der Jugendarbeit verlangen das Vorhalten von Angeboten durch Vereine, Verbände und durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Der Umfang der Angebote richtet sich nach den in den Sozialräumen wohnenden jungen Menschen sowie bei übergreifenden Angeboten nach der Gesamtzahl der in Halle lebenden Jugendlichen.</p> <p>Die vom Stadtrat beschlossene Jugendhilfeplanung beinhaltet die Analyse der in den Sozialräumen lebenden Jugendlichen, der jeweils vorgehaltenen Angebote sowie daraus abgeleitet die Orientierung für die weitere Jugendarbeit.</p> <p>Der gezielte und effektive Einsatz der Mittel untersetzt die unterschiedlichen Bedarfe in den einzelnen Sozialräumen. Es handelt sich um ein Fortschreibungskonzept. Die ausgewiesenen Konsolidierungsbeträge sind die bisher konkret untersetzten Einsparungen.</p> <p>Die Jugendhilfeplanung ist ein Instrument für die sozialraumorientierte Planung, aufgrund der Bedeutung jedoch als Einzelmaßnahme dargestellt.</p>							

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen	9,2	120,3	60,2				189,7
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	9,2	120,3	60,2				189,7
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit								
Verantwortung								
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt		
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau von Nievenheim Herr Weiske		
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X				x				
Nr.	10.9 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
V/9	Bedarfs- und Entwicklungsplanung, KITA- Bedarfsanpassung an die demografische Entwicklung							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X	x	

Die konkrete Aussage zur Bedarfsanpassung der Kita an die demographische Entwicklung ist aufgrund der zurzeit diskutierten Gesetzesänderung – Kinderbetreuungsgesetz – unter ganz neuen Voraussetzungen zu sehen.

Die demographische Entwicklung der nächsten Jahre verläuft steigend, was nach altem Gesetz einen Anstieg der Platzkapazitäten verlangt.

Bei Verabschiedung des Kinderbetreuungsgesetzes werden Kinder bei Nichterwerbstätigkeit der Eltern nur noch Anspruch auf einen Halbtagsplatz in einer Kindereinrichtung haben.

Eine weitere Veränderung in dem Entwurf des Kinderbetreuungsgesetzes ist die Festlegung des Betreuungsschlüssels im Kindergartenbereich von bisher 1 : 12 auf 1 : 13. Hier werden bei Verabschiedung des Gesetzes in den Einrichtungen theoretisch ca. 18 VZS entfallen, was einer Einsparung von Personalkosten/Zuschüsse um ca. 700.000 € entspricht, die nach derzeit geltendem Kinderbetreuungsgesetz aufgrund der demografischen Entwicklung geplant waren.

Welche Auswirkungen die Kürzungen der Landespauschale auf den kommunalen Zuschussbedarf für die weiterhin erforderlichen Kindertageseinrichtungen haben, ist zz. noch nicht bezifferbar.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche							

Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)							
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit								
Verantwortung								
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt		
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau von Nievenheim		
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
x					x	x		
Nr.	10.10 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
V/10	Rechtsformänderung der kommunalen Kindertagesstätten							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						x	x	

Der Grundsatzbeschluss zur Privatisierung des nichthoheitlichen Bereiches der kommunalen Verwaltung Kindertagesstätten in eine gGmbH wurde im August 2002 durch den Stadtrat gefasst.

Ziel der Änderung der Betriebsform ist ein bürgerfreundlicher, effektiver und effizienter Betrieb der Kindertageseinrichtungen.
 Durch Übertragung aller nichthoheitlichen Aufgaben an die gGmbH werden in der Stadtverwaltung Aufgaben in den Fachbereichen Personalservice, Stadtkasse, Kämmerei, Hochbau usw. entfallen, mit dem Ergebnis eines Planstellenabbaus von insgesamt 10 Vollzeitstellen.

Die konkrete Umsetzung der Ausgründung ist unter Beachtung aller Rahmenbedingungen, einschließlich der Neuregelungen des derzeit in der Diskussion befindlichen Kinderbetreuungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten			200	600			800
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand			200				200
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung							

u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)			400	600			1.000
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit								
Verantwortung								
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt		
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Herr Schneller		
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
	X					x		
Nr.	10.11 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
V/11	Kostenerstattung Saalkreis							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung)						x		

Die Sozialhilfekostenerstattung als konsolidierende Maßnahme beinhaltet die Klärung und zeitnahe Sicherung der Erstattung von Sozialhilfeleistungen für zugezogene Personen, insbesondere bezogen auf die offenen Forderungen gegenüber dem Saalkreis.

Die Außenstände resultieren aus den Jahren 1996 bis 1998, deren Einforderung erst jetzt nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zum Kostenerstattungsstatbestand des „Umzuges“ aus Übergangwohnheimen möglich wurde.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung							

u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen	350	350					700
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	350	350					700
Kosten der Umsetzung der Maßnahme							
Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit								
Verantwortung								
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt		
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau von Nievenheim		
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen	
X					X		x	
Nr.	10.12 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
V/12	KITA- Gebührenerhöhung							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung						X		x

Die Gebühren für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen als Elternbeiträge wurden per Stadtratsbeschluss ab 1. Oktober 2002 erhöht.

Der Konsolidierungsbeitrag liegt 2.350,3 T€. Der HH-Nettoeffekt wird nur mit 2.000 T€ ausgewiesen, da im Haushalt 2003 die erhöhten Einnahmen aus 2002 bereits basiserhöhend im Ansatz sind.

Im Zusammenhang mit der Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes, welches im Februar 2003 im Landtag zur Beschlussfassung steht, ist von einer veränderten Einnahmesituation auszugehen.
Die genaue Bezifferung ist derzeit noch nicht möglich.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche		180	720				900
3. Erhöhung Einnahmen davon:	350,3	749,7					1.100
3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u.							

ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)	350,3	929,7	720				2.000
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw-HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit							
Verantwortung							
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt	
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Dr. Radig	
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand					
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beigeordnetenkonferenz	in Ausschussberatung	SR-Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abgeschlossen
	x					x	
Nr.	10.13 Kurzbezeichnung der Maßnahme						
V/14	Aufgabenübertragung der Seniorenberatungsstelle						
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)					AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO = Geschäftsprozessoptimierung, StR= Standardreduzierung					x	x	x

Vor über 11 Jahren wurde die kommunale Seniorenberatungsstelle aufgebaut - u.a. mit dem Ziel

- einer umfassenden Beratung der Senioren zu allen Fragen der Lebenssituation und des Lebensumfeldes einschließlich der Vermittlung spezieller Dienstleistungen anderer Träger,
- der Krisenintervention, Einzelfallbegleitung und Betreuung der Senioren durch Sozialarbeiter und Zivildienstleistende,
- der Gremienarbeit und Altenhilfeplanung zur Interessenvertretung der Senioren.

Durch Aufgabenübertragung an Vereine und Verbände, die in der Seniorenarbeit tätig sind sowie Umsetzung von Sozialarbeitern zum Allgemeinen Sozialen Dienst wird weiterhin den Bedürfnissen der Senioren Rechnung getragen.

Auf dieser Grundlage kann eine Personalreduzierung um 4 VZS sowie Einsparungen von Miet- und Sachkosten erreicht werden.

Die volle Wirksamkeit der Maßnahme wird im Januar 2003 eintreten.

Der Konsolidierungsbeitrag ist vor allem darin zu sehen, dass bei Bestand der bisherigen Seniorenberatungsstelle ohne Personal- und daraus Sachkostenreduzierung zusätzlich Personal für die Durchführung des GSiG (1 VZS) sowie den Allgemeinen Sozialen Dienst (1,5 VZS) hätte eingestellt werden müssen.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten		91,6	16,25				107,85
2. Reduzierung Sachkosten davon:							
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		22,1					22,1
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							

3.1. Grp. Nr. 10, 11, 12 Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2. Rest Sonstige Einnahmen		-15,89	-6,21				-22,1
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		97,81	10,04				107,85
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachterkosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit								
Verantwortung								
Beigeordneter:		Frau Szabados		Co-Reformer:		Frau Schmidt		
Reformbeauftragter:		Frau Götschel		Verantwortlich für Fachkonzept:		Frau Dr. Radig		
Beteiligung städt. Gremien		Erfüllungsstand						
erforderlich	nicht erforderlich	in Abstimmung mit KB	in Beige- ordneten- konferenz	in Ausschuss- beratung	SR- Beschluss liegt vor	in Umsetzung	Maßnahme abge- schlossen	
	x						x	
Nr.	10.14 Kurzbezeichnung der Maßnahme							
V/19	Zuschussreduzierung „Alten- und behindertengerechtes Wohnen“							
Darstellung der Maßnahme (Kurzdarstellung)						AK	GPO	StR
Bitte ankreuzen: (AK= Aufgabenzweck- / vollzugskritik, GPO =						x		

Geschäftsprozessoptimierung,

StR= Standardreduzierung

--	--	--

Die Stadt Halle ist nach dem Landespflegeausführungsgesetz 1996 dazu verpflichtet, sich an der Finanzierung von Pflegeeinrichtungen für Senioren, die nach dem Investitionsprogramm des Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz gefördert werden, mit 10 % der förderfähigen Gesamtkosten als kommunalem Pflichtanteil zu beteiligen.

Dieser kommunale Pflichtanteil war für die Jahre 2003 und 2004 mit insgesamt 3,64 Mio. € im Haushalt der Stadt zu veranschlagen.

Eine intensive Nachweisführung, dass parallel zu dem Investitionsprogramm in den kommunalen Unternehmen ohne Förderung von Dritten bzw. auf dem Kapitalmarkt aufgenommenen Eigenmittel weitergehend alten- und behindertengerechte Wohnungen geschaffen wurden, die diesen kommunalen Finanzierungsanteil zumindest decken, wurde nunmehr durch das Land anerkannt.

Der Haushalt der Stadt wird hierdurch um insgesamt 3,64 Mio. € entlastet.

Auswirkung / Konsolidierungsbeitrag (Nettoeffekt)

Angaben in Tausend Euro (T€)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Summe
1. Grp.Nr. 40 Reduzierung Personalkosten							
2. Reduzierung Sachkosten davon:		1.834 ,8	1.807 ,5				3.642,3
2.1 Grp. Nr. 50-66 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
2.2 Grp. Nr. 71 Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke							
2.2.1 Grp. Nr. 715 an öffentl. wirtschaftliche Unternehmen							
2.2.2 Grp. Nr. 717 an übrige Bereiche							
3. Erhöhung Einnahmen davon:							

3.1.Grp.Nr. 10,11,12 Einnahmen aus Verwaltung u Betrieb, Gebühren u. ähnliche Entgelte, zweckgeb. Abgaben							
3.2.Rest Sonstige Einnahmen							
4. Reduzierung von Transferleistungen davon							
4.1. Grp. Nr. 73 Leistungen d. Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen							
4.2. Grp. Nr. 74 Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen							
4.3. Grp. Nr. 75-78 Sonstige soziale Leistungen							
4.4. Grp. Nr. 79 Leistungen nach dem AsylbLG							
Summe (1 - 4)		1.834 ,8	1.807 ,5				3.642,3
Kosten der Umsetzung der Maßnahme Angaben in Tausend Euro (T€)							
Umsetzungskosten (Verw- HH) z.B. Schulungs-, Gutachter-kosten							
Investitionsbedarf							
Umsetzungskosten / Nettoeffekt (Break-even-point max. 5 Jahre)							